VBE

10/2016
Zeitschrift des
Verbandes Bildung und Erziehung
Rheinland-Pfalz
04.10.2016 / 67. Jahrgang

Rheinland-pfälzische Schule

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.
Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

Baustelle Bildungspolitik – Schulen auf Abwegen?

- **Personalratsarbeit und Personalversammlung**
- **Pädagogik: Indikatoren für guten Unterricht**

– Inhalt –

Leitartikel	3
Magazin	4
Aktuell	6
Thema	9
Personalräte & Co.	18
Junger VBE	21
Termine	21
Aus den Kreisverbänden	22, 29
Recht	23
Wir gratulieren	25
Seniorinnen & Senioren	26
Infos & Technik	27
Zum Schluss ...	30

Impressum

04. Oktober 2016, 67. Jahrgang

Herausgeber
Verband Bildung und Erziehung (VBE),
Landesverband Rheinland-Pfalz
Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz
Telefon: 06131-616422, Telefax: 616425
info@vbe-rp.de

Redaktion dieser Ausgabe:
Hjalmar Brandt (verantwortlich) *br*
h.brandt@vbe-rp.de

Dr. Markus Bachen *mb*
(Veranstaltungen/Regionales)
m.bachen@vbe-rp.de

Frank Handstein *fh*
(Reportage/Recht)
f.handstein@vbe-rp.de

Dominik Hoffmann *dh*
(Recht)
d.hoffmann@vbe-rp.de

Marlies Kulpe *mkl*
(Bildungspolitik/Rubriken)
m.kulpe@vbe-rp.de

Lars Lamowski *lal*
(Primarstufe)
l.lamowski@vbe-rp.de

Klaus Schmidt *kfs*
(Reportage/Berufspolitik/Zum Schluss)
k.schmidt@vbe-rp.de

Verlag:
VBE Bildungs-Service GmbH
Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Fotos/Grafik:
Jan Roeder: Titel, 6, 9, 10,
11, 12, 13, 14, 15, 17, 18, 21
Heide Endres: 29(unten)
Konrad Ochsenreither: 26
Hjalmar Brandt: 3, 7(2), 23,
privat/VBE-Archiv: 22, 29 (oben)

Die RpS erscheint zehnmal im Jahr.
Für VBE-Mitglieder ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Nichtmitglieder bestellen beim Verlag zum Preis von 4,80 Euro vierteljährlich einschließlich Vermittlungsgebühren.

Redaktionsschluss
17.10.2016 für Heft 11/2016
Den Inhalt namentlich gezeichneter Artikel verantworten deren Verfasser.
Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Gesamtherstellung, Anzeigenverwaltung
Wilke Mediengruppe GmbH
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

ISSN: 1869 3717

Die nächste RpS erscheint am 04. November 2016.

– Editorial –

VBE auf Facebook: Gefällt mir!

Seit einigen Monaten ist der VBE mit seiner aktuell gefüllten Seite im sozialen Netzwerk „Facebook“ unterwegs. Dort finden sich die Veranstaltungen zahlreicher Kreisverbände, die aktuellen Pressemitteilungen und so manch angestoßene Diskussion. Unsere Seite hat großen Zuspruch über die Gewerkschaftsgrenzen hinweg und leistet so einen erheblichen Beitrag zum guten Image des VBE.

Die sozialen Netzwerke sind Fluch und Segen gleichermaßen ... so erreicht der VBE mit seinen Pressemitteilungen auf diesem Weg häufig schneller größere Reichweiten als mit dem klassischen Versand an die Redaktionen der Tageszeitungen. Andererseits werden Inhalte schnelllebiger und müssen häufiger ausgetauscht und aktualisiert werden, um auch einen tagesaktuellen Eindruck zu vermitteln. Auch sind gerade bei Facebook Fragen des Datenschutzes nur unzureichend geklärt.

Doch wenn von Schülerinnen und Schülern zu Recht gefordert wird, die eigene Medienkompetenz zu schulen, muss dies auch für Lehrkräfte gelten. Gerade für die nachwachsende Lehrkräfte-Generation ist eine Beschäftigung mit dem Thema „Soziale Medien und Schule“ unerlässlich. Auch hier wird der VBE seinem Serviceauftrag gerecht werden und fachlich fundierte Leitlinien zum Umgang mit Facebook an Schulen als eigene Handreichung entwickeln.

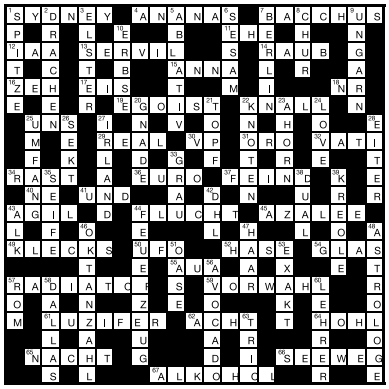
Jetzt heißt es: „Gefällt mir“ anklicken und weitererzählen.

Der hier aufgebrachte Aufkleber kann am schwarzen Brett, im Lehrerzimmer, am Auto, an der Arbeitsmappe, am Schuljahreskalender oder an einer anderen geeigneten Stelle angebracht werden, um auf unseren wachsenden Auftritt hinzuweisen und Farbe zu bekennen. Schauen Sie mal drauf und „liken“ Sie Ihren VBE. Gerne schicken wir Ihnen weitere Exemplare.

Dieses „gefällt mir“ sorgt dafür, dass künftig in Ihrer Übersicht immer wieder aktuelle Beiträge vom VBE Rheinland-Pfalz zu sehen sein werden und Sie so ganz nebenbei über wichtige Entwicklungen rechtzeitig informiert sind. Außerdem können Sie sich auf diesem Weg auch an aktuellen Diskussionen beteiligen. Wir freuen uns auf den Austausch!

RED

Hier die Auflösung des Rätsels aus Heft 09/2016:



DAS LEBEN IST EINE ILLUSION-
HERVORGERUFEN
DURCH ALKOHOLMANGEL

Charles Bukowski

Schaffen wir das?

Ein Jahr nach Angela Merkels berühmtem Credo „Wir schaffen das“ befindet sich unser Land in einer Lage, in der Stimmungen und Gefühle die Oberhand gewonnen haben. Angesichts einer humanitären Katastrophe hat die Kanzlerin am 5. September 2015 als Christin menschlich richtig entschieden. Politisch darf man die Entscheidung nach einem Jahrzehnt des Desinteresses an Migration auch kritisch sehen.

Was hat all das mit der Schule, den Lehrerinnen und Lehrern zu tun? Sehr viel! Wenn die Integration der vielen Flüchtlinge im Kindes-, Jugend- und z. T. schon im Erwachsenenalter gelingen sollen, müssen zuallererst die deutsche Sprache erlernt und schulische Qualifikationen erworben werden, wenn eine Teilhabe am Arbeitsmarkt und an der Gesellschaft gelingen soll. Wem fallen die Aufgaben zu? Der Schule und damit den Lehrerinnen und Lehrern!

Dabei stehen die Lehrerinnen und Lehrer schon heute vor Herkulesaufgaben: Die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen hat sich radikal verändert. Der Prozess gesellschaftlicher Veränderungen, vor allem der Familien, schreitet unaufhaltsam voran.

Die Stärkung und Weiterentwicklung hin zu einem inklusiven Bildungssystem erfordert langen Atem. Auch wenn die Lehrerinnen und Lehrer immer Erzieher sind, bleibt ihr Kerngeschäft der Unterricht. Wie aber soll effizient unterrichtet werden, wenn immer mehr Kinder die nötigen Grundtugenden nicht mehr mitbringen bzw. unsere Sprache nicht beherrschen?

Die Folge ist eine Vielzahl neuer pädagogischer Herausforderungen. Die Lehrerschaft wird immer stärkeren Belastungen ausgesetzt. Lehrerinnen und Lehrer geraten unter Druck. Und jetzt noch viel Beziehungsarbeit mit nicht selten traumatisierten jungen Menschen, die zuerst lernen müssen, zu vertrauen.

Vor elf Jahren wurde die Potsdamer Studie zur Belastungssituation im Lehrerberuf abgeschlossen. Es war die erste wissenschaftliche Untersuchung dieser Art. Im Ergebnis wurde die Stresslastigkeit des Lehrerberufs bestätigt. Als die am stärksten belastenden Bedingungen wurden von den Lehrkräften aller Schularten problematisches Schülerverhalten, zu große Klassen und eine zu hohe Stundenzahl genannt.

Die Einrichtung des Instituts für Lehrergesundheit in Rheinland-Pfalz ist Beleg dafür, dass die Verantwortlichen aus Politik und Gesellschaft dies erkannt haben. Lehrergesundheit ist also ein wichtiges schulpolitisches Thema, gesundheitsfördernde und präventive Ansätze sind dringend erforderlich. Denn nur gut ausgebildete und leistungsfähige Lehrkräfte sind ein Garant für eine gute schulische Ausbildung.
Die Arbeitssituation der Lehrerinnen und Lehrer gehört auf den Prüfstand. Vieles kann die Schule leisten, manches aber auch nicht. Das pädagogische Mandat der Lehrerinnen und Lehrer ist begrenzt, dem muss Rechnung getragen werden. Unter den jetzigen Rahmenbedingungen und der noch zu erwartenden Aufgabenmehrung ist der Lehrerberuf ein Beruf mit hohen gesundheitlichen Risiken. Das ist der Schulpolitik längst bekannt.

Gerhard Walgenbach

Was muss geschehen? Nach dem Ausrufen der Bildungsrepublik Deutschland am 4. Dezember 2003 wurde viel Erkenntnisgewinn in Sonntagsreden präsentiert, aber leider viel zu wenig gehandelt. Wir brauchen eine solide Bildungsfinanzierung und gemeinsame Strategien von Bund und Ländern. Es ist verheerend, dass die große Koalition das Kooperationsverbot für den Bildungsbereich in der Verfassung unangetastet lässt.

Wenn alle wissen, dass ein enger Zusammenhang zwischen Bildung und Wohlstand besteht, dann sind Investitionen in die Bildung die wichtigsten Investitionen, weil sie die höchsten Renditen erbringen.

Der Staat wäre gut beraten, in seine wichtigste Ressource zu investieren. Gute Ausbildung eröffnet Möglichkeiten für gut bezahlte Jobs. Hohe Gehälter schaffen hohe Kaufkraft. Das kurbelt die Wirtschaft an, was sich positiv auf den Wohlstand auswirkt und wieder mehr Investitionen in die Bildung ermöglicht. Ein Kreislauf, der den Wert von Bildung weit oben ansiedelt.

Stimmungen und Gefühle zu bedienen war noch nie gut. Den Realitäten muss man ins Auge sehen. Und die Bildungsausgaben entsprechen nicht der großen Wirtschaftskraft Deutschlands.

Wenn wir jetzt angesichts üppig sprudelnder Steuereinnahmen die Bildung nicht zur wichtigsten Sache machen, werden wir nicht schaffen, was dieses starke Land eigentlich schaffen könnte.

Gerhard Walgenbach
Landesschatzmeister des VBE Rheinland-Pfalz

Zu wenig Wissen über Unterricht für Migranten

In den meisten Bundesländern werden Lehrer nach einer neuen Studie nur unzureichend auf den Unterrichtsalltag mit Einwandererkindern vorbereitet. So seien im Lehramtsstudium nur in fünf Ländern Kurse zum Umgang mit sprachlicher Vielfalt per Gesetz verpflichtend, stellt der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) fest. In der Lehrerfortbildung gebe es noch zu wenig Qualifizierungsangebote für Sprachförderung und kulturelle Vielfalt, ermittelten der SVR-Forschungsbereich und das Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache.

Bundesweit hat jedes dritte Schulkind einen Migrationshintergrund. „Trotz sichtbarer Verbesserung in den letzten 15 Jahren liegen Kinder, deren Eltern beide im Ausland geboren sind, zum Ende der Grundschule im Lesen und Rechnen im Bundesdurchschnitt etwa ein Jahr hinter ihren Klassenkameraden ohne Migrationshintergrund zurück“, heißt es in der Studie. „Nach dem Übergang in die weiterführenden Schulen nehmen diese Ungleichheiten weiter zu: Jugendliche mit Migrationshintergrund sind an Hauptschulen überrepräsentiert, haben öfter Lernschwierigkeiten und brechen die Schule häufiger ab.“

Internet:
- Website SVR http://dpaq.de/2Prrq

dpa

Lehrer warnen vor hasserfüllter Sprache

Auch nach 40 Jahren im Schuldienst hat die Lehrerin so etwas noch nicht erlebt. Als sie eines Morgens zur Arbeit in einem kleinen Ort irgendwo in Bayern kommt, liest sie am Eingang zur Dorfschule eine Schmiererei: „Drecksschule! Fickt euch, ihr Lehrergesindel, ihr Untermenschen.“ Ein Einzelfall sei das nicht – ganz im Gegenteil, sagt die Präsidentin des Bayerischen Lehrerverbandes BLLV, Simone Fleischmann, die aus einer E-Mail der Lehrerin zitiert.

Auf den Schulhöfen verbreite sich zunehmend eine aggressive, hasserfüllte Sprache. Die Lehrer schlagen darum Alarm und haben ein Manifest geschrieben, das der Verband am 7. September 2016 in München präsentierte. „Wir beobachten mit größter Sorge, wie sich die Stimmung, die Kommunikation in den sozialen Netzwerken und die alltäglichen Umgangsformen in unserer Gesellschaft verändern“, heißt es in dem Manifest mit dem Titel „Haltung zählt“. „Diese Verrohung des Umgangs wirkt sich auch auf unsere Kinder und Jugendlichen aus.“ Und: „Extreme Gruppierungen und Personen, insbesondere Repräsentanten der Rechtspopulisten und Rechtsextremen, tragen zu dieser Verrohung des Umgangs maßgeblich bei.“

Lehrer beobachteten bei ihren Schülern inzwischen eine „zunehmende Aggressivität gegenüber Andersdenkenden, Ausländern und Flüchtlingen“, sagt Fleischmann – und das gelte nicht nur in Bayern, sondern bundesweit. Der Neurologe und Psychotherapeut Joachim Bauer von der Uniklinik Freiburg macht für diese Entwicklung – wie Fleischmann – vor allem den Ton aktueller politischer Debatten verantwortlich. Wenn Politiker offen darüber reden, als Ultima Ratio auf Flüchtlinge zu schießen, sei das unglaublich gefährlich. Auch Begriffe wie „Flüchtlingsflut“ seien sehr problematisch. „Eine Flut bedeutet für Kinder Gefahr“, sagt Fleischmann. „Die verbinden damit, dass Menschen sterben.“

Neurologe Bauer sieht zwischen aggressiver Sprache und aggressivem Verhalten einen engen Zusammenhang. „Worte wirken massiv auf das Gehirn.“ Es sei beunruhigend, „wie in den sozialen Netzwerken Hass kultiviert wird“. Denn: „Ich kann mit Sprache einwirken auf das Gehirn anderer Menschen.“ Beschimpfungen und Demütigungen lösten im Gehirn erst einen Schmerz und dann Aggression aus, sagt Bauer. „Hasssprache erhöht die Bereitschaft, selbst gewaltbereit zu handeln.“ Dass Schüler in ihren Äußerungen ab und an über das Ziel hinausschießen, sei nicht das Problem,

sagt Bauer. Problematisch werde es dann, wenn Eltern schlechte Vorbilder seien und es tolerierten, wenn ihr Kind verbal um sich schlage – oder selbst am Frühstückstisch rassistische Hassparolen von sich gäben. „Wir brauchen einen Konsens, dass bestimmte Dinge einfach nicht gehen.“ Lehrerverbands-Chefin Fleischmann betont: „In der Schule von heute sitzt die Gesellschaft von morgen.“

Internet:

■ Infos zum Manifest des BLLV http://dpaq.de/bSRXP

Britta Schultejans (München)

Rheinland-Pfalz: 1.700 Schüler bei Islam-Religionsunterricht

Trotz Unterbrechung der Gespräche mit islamischen Religionsverbänden hält Rheinland-Pfalz an den bestehenden Modellprojekten im Schulunterricht fest. So erhalten in diesem Schuljahr rund 1.700 Schüler islamischen Religionsunterricht, wie der Abteilungsleiter im Bildungsministerium, Michael Thews, am 6. September 2016 im Gesellschaftsausschuss des Landtags mitteilte. In der Grundschule sind es 767 Kinder, vor allem in Ludwigshafen, Mainz, Alzey und Worms. Außerdem erhalten 48 Kinder alevitischen Religionsunterricht. Am Gymnasium beschäftigen sich 918 junge Menschen mit dem islamischen Glauben – nach den Herbstferien kommen rund 100 weitere hinzu.

dpa

Lehrer wegen Freiheitsberaubung verurteilt

Strafarbeiten, Nachsitzen und ähnliche Erziehungsmethoden in der Schule hat ein Gericht in Nordrhein-Westfalen infrage gestellt. Der Amtsrichter Heiner Cöllen verurteilte einen Realschullehrer in Neuss wegen Freiheitsberaubung, weil er Schüler am Verlassen des Klassenraums gehindert hatte. Cöllen sprach den Pädagogen am 24. August 2016 schuldig, beließ es aber bei einer „Verwarnung mit Strafvorbehalt“. Als Auflage muss sich der Musiklehrer im Umgang mit undisziplinierten Schülern fortbilden. Andernfalls drohen ihm 1.000 Euro Geldstrafe. Vom Vorwurf der Körperverletzung wurde der Pädagoge freigesprochen.

Der Lehrer hatte einer lauten Schulklasse im Unterricht eine schriftliche Arbeit aufgebrummt: Sie mussten einen Wikipedia-Eintrag über einen Musiker abschreiben. Nach dem Unterricht mussten die Sechstklässler ihre Arbeiten einzeln abgeben. Dabei hatte der Lehrer mehrere Schüler daran gehindert, den Raum zu verlassen. Einer von ihnen hatte schließlich per Handy die Polizei gerufen.

Zudem hatte der 50-Jährige einen der Schüler bei der Rückgabe einer Arbeit mit der Faust in den Bauch getroffen. Der Schüler selbst wollte dem Pädagogen am 24. August 2016 im Zeugenstand aber keine Absicht unterstellen: Es habe auch nicht lange wehgetan, versicherte der 13-Jährige. Die letzte Stunde sei zu Ende gewesen und alle hätten schnell nach Hause gewollt.

Zwar zeigte der Richter dem Angeklagten „volles Verständnis für Ihren schweren Job“: „Was macht ein Lehrer, dem die Schüler auf der Nase herumtanzen?“, fragte er. Dass sich der Lehrer nach Unterrichtsende mit seinem Stuhl und einer Gitarre auf den Knien vor die Klassentür gesetzt und Schüler nicht herausgelassen habe, erfülle dennoch den Tatbestand der Freiheitsberaubung.

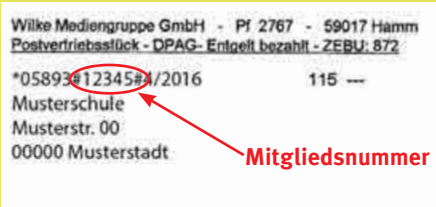
Das Abschreibenlassen eines Wikipedia-Eintrags sei zudem wohl eine unzulässige Kollektivmaßnahme gewesen. Aber darauf komme es nicht an. Nach seiner Verurteilung zeigte sich der Lehrer dennoch erleichtert: Der Vorwurf der Körperverletzung sei vom Tisch und die Fortbildung sehe er als „produktives Angebot“: „Ich bin offen für Tipps.“

Ob er das Urteil akzeptieren wird, ließ er aber offen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hatte 1.500 Euro Geldstrafe beantragt, der Verteidiger Freispruch gefordert: Sein Mandant habe seine Aufsichtspflicht erfüllt, indem er nicht alle Schüler gleichzeitig aus dem Raum habe stürmen lassen.

dpa

VBE-Websites: So gelingt der Zugang zum geschützten Mitgliederbereich

Die VBE-Websites *www.vbe-rp.de*, *www.gerechtigkeit-fuer-lehrer.de* und *www.recht-fuer-lehrer.de* verfügen über die allgemein zugänglichen Informationen hinaus über einen geschützten Mitgliederbereich. Dieser Mitgliederbereich ist nur VBE-Mitgliedern vorbehalten. Entweder wird dieser Mitgliederbereich bei geschützten Texten und Angeboten aktiviert und durch ein entsprechendes Fenster angezeigt, oder es ist ein Log-in erforderlich.



Für den Mitglieder-Zugang ist der Eintrag der VBE-Mitgliedsnummer und der Postleitzahl des Wohnortes erforderlich. Die VBE-Mitgliedsnummer ist auf dem Adressaufdruck auf der Rückseite der RpS (also dieser Zeitung) ersichtlich. Die VBE-Mitgliedsnummer ist in der Zahlenkolonne oberhalb der Adresse die mittlere Zahl zwischen den Rauten. Die VBE-Mitgliedsnummer kann auch persönlich bei der VBE-Landesgeschäftsstelle telefonisch erfragt werden.

RED

Deutsch als Zweitsprache:

Neue Lehrwerksreihe „Prima ankommen im Fachunterricht“

In Willkommensklassen werden zugewanderte Kinder und Jugendliche mit der deutschen Sprache und Kultur vertraut gemacht – ein wesentlicher Grundstein zur Integration. Doch wenn nach einem Jahr der Übergang in den Fachunterricht erfolgen soll, geht es nicht mehr vorrangig um den Spracherwerb, sondern um „echtes“ Ankommen. Für diese wichtige Phase an der Schwelle zum Regelunterricht hat der Cornelsen Verlag gemeinsam mit einem Expertenteam die DaZ-Lehrwerksreihe „Prima ankommen im Fachunterricht“ entwickelt. Die ersten beiden Titel sind bereits in dieser Woche erschienen, weitere folgen zu Beginn des nächsten Jahres.

In der Sprache ankommen.

„Prima ankommen im Fachunterricht“ knüpft an das bestehende Lehrwerk „Prima plus – Leben in Deutschland“ an, das zum Unterrichten von Willkommens-, Seiteneinsteiger- und Übergangsklassen (Sekundarstufe I) verwendet wird. Neuankömmlingen ohne Deutschkenntnisse wird damit der Einstieg ins deutsche Schulsystem leichter gemacht. Schrittweise lernen die Schülerinnen und Schüler zunächst, in schulischen und außerschulischen Kontexten differenziert mündlich und schriftlich zu kommunizieren – bis zum Sprachniveau A2/B1.

Die neue Reihe „Prima ankommen im Fachunterricht“ führt dies fort und trägt den erweiterten Anforderungen mit veränderten Schwerpunkten Rechnung: Erstmals sind in speziellen Arbeitsbüchern Fachinhalte DaZ-methodisch aufbereitet worden; sie lassen sich selbstständig erarbeiten, üben und anwenden. Dabei spielt die gezielte sprachliche Förderung weiterhin eine wichtige Rolle – sie orientiert sich an den lehrplanrelevanten Inhalten und dem erforderlichen Fachwortschatz. Sprachfertigkeiten werden gefestigt und vertieft, sodass die Schülerinnen und Schüler möglichst schnell das regulär vorgesehene Lehrwerk nutzen können.

Für alle Schulformen und Bundesländer

Die Arbeitsbücher gibt es für die Fächer Deutsch, Mathematik, Geschichte/Erdkunde/Politik und Biologie/Physik/Chemie, jeweils in zwei Bänden. Sie können bundesland- und schulformübergreifend in den Klassen 5 bis 10 genutzt werden. Seit dem 5. September 2016 sind die Bände Deutsch: Klasse 5–7 und Mathematik: Klasse 5–7 erhältlich. Weitere Titel können vorbestellt werden. In Planung sind darüber hinaus fächerübergreifende didaktische Hinweise und synoptische Fachübersichten zum kostenlosen Download.

Das Konzept für „Prima ankommen im Fachunterricht“ haben die DaZ-Expertinnen und -Experten sowie Fachkolleginnen und -kollegen aller Redaktionen des Cornelsen Verlags gemeinsam mit Herausgeberin Dr. Yurdakul Cakir-Dikkaya und einem kompetenten Autorenteam – bestehend aus Lehrkräften mit fachbezogenem Know-how und DaZ-Erfahrung – entwickelt. Oberstudienrätin Dr. Cakir-Dikkaya vom Lehrstuhl für Linguistik der Universität Duisburg-Essen arbeitet unter anderem zu den Schwerpunkten Mehrsprachigkeit, Zweitspracherwerb, Sprachförderung in multilingualen Klassen sowie Darstellung von Integrations- und Migrationskontexten.

Internet:
- cornelsen.de/daz
- cornelsen.de/zusammenleben

Elternvertretung im Amt bestätigt

Der 17. Landeselternbeirat (LEB) hat sich am 10. September 2016 im Pädagogischen Landesinstitut in Speyer konstituiert. Dr. Thorsten Ralle wurde mit deutlicher Mehrheit als Landeselternsprecher wiedergewählt. Er ist Vater von drei Kindern und selbstständiger Berater. Dr. Thorsten Ralle ist Mitglied im Schulelternbeirat des Carl-Bosch-Gymnasiums in Ludwigshafen.

Ebenfalls wiedergewählt wurde sein erster Stellvertreter Markus Meier. Der Schulleiter einer Realschule plus ist Vater von zwei Kindern und Vertreter der Gymnasien im Schulaufsichtsbezirk Rheinhessen-Pfalz. Zweite stellvertretende Landeselternsprecherin wurde Birgit Scharp. Von ihren drei Kindern sind zwei schon erwachsen. Die Diplomkauffrau ist Schulelternbeiratsmitglied am Max-Planck-Gymnasium in Trier. Auch sie hat schon im Vorstand der letzten Amtsperiode mitgearbeitet. Für alle drei ist die 17. bereits die dritte Amtsperiode.

Es fällt auf, dass alle drei Eltern-Spitzenvertreter aus dem Bereich der Gymnasien kommen. Deutlicher kann kaum werden, dass das Gymnasium heute zur Hauptschule in unserem Schulwesen geworden ist.

LEB/RED

FDP und VBE: Gelungener Austausch

Zu einem fruchtbaren schulpolitischen Meinungsaustausch kam am 20. September 2016 im Mainzer Abgeordnetenhaus die stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion und bildungspolitische Sprecherin Helga Lerch mit dem VBE-Landesvorsitzenden Gerhard Bold und dem stellvertretenden VBE-Landesvorsitzenden Hubertus Kunz zusammen. Mit von der Partie waren auch Maximilian Haas von der FDP und VBE-Landesgeschäftsführer Hjalmar Brandt.

FDP und VBE im Gespräch: die stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Helga Lerch mit Gerhard Bold (links) und Hubertus Kunz

Erster Schwerpunkt waren die Gleichstellung der Lehrkräfte an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen sowie die Wechselprüfung II. Helga Lerch geht davon aus, dass die Umwidmung der notwendigen Stellen für die Absolventinnen und Absolventen im Rahmen der laufenden Legislaturperiode gelingen werde. Für das Land sei dies ein finanzieller Kraftakt, inhaltlich sei dies in der Regierung jedoch unumstritten. Gerhard Bold machte deutlich, dass das Land durch das aus seiner Sicht rechtliche Fehlverhalten der vormaligen Regierungskoalition immerhin sehr viel eingespart habe, zumal die Wechselprüfungsverfahren jetzt erhebliche Kosten verursachen würden.

Das zweite Thema war der aktuellen VBE-Grundschulkampagne gewidmet. Die VBE-Vertreter erläuterten deren Intention: Es gehe darum, in der Öffentlichkeit die hohe Bedeutung schulischer Grundbildung deutlich zu machen und für eine bessere Ausstattung der Grundschulen zu werben. Helga Lerch wird diese Argumente in ihre parlamentarische Arbeit einbeziehen.

Ein weiteres Thema war die Bildungsfinanzierung allgemein. FDP und VBE waren sich einig in der Bewertung, dass für die Bildung mehr Mittel zur Verfügung stehen müssten. Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, sehen beide in einer Beseitigung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern. Die Steuereinnahmen könnten dann anders und zugunsten der Bildung in den Ländern verteilt werden. Als Beispiel wurde das frühere Ganztagsschulförderprogramm des Bundes genannt, das die Ganztagsschulentwicklung in Rheinland-Pfalz befördert habe. Helga Lerch verwies darauf, dass die Landesregierung eine entsprechende Bundesratsinitiative gestartet habe.

Die Gesprächspartner vereinbarten einen regelmäßigen schulpolitischen Gedankenaustausch, auch mit Blick auf die parlamentarischen Beratungen des Landeshaushalts 2017/2018.

br

Hausmitteilung

Seit dem 01. September 2016 verstärkt eine neue Kollegin das Team der Mainzer VBE-Landesgeschäftsstelle: Victoria Ehrhardt ist 30 Jahre alt, wohnt in Rheinhessen und hat als Mutter unmittelbare Erfahrung mit der Schule.

Victoria Ehrhardt kümmert sich im Sekretariat um Verwaltung und Organisation, vor allem aber um die Pflege und Bearbeitung der Mitgliederdatenbank. Sie ist damit auch Ansprechpartnerin für alle VBE-Kreisverbände in Fragen der Mitgliederentwicklung.

Wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit mit unserer neuen Kollegin und sind sicher, dass sie mit allen Kolleginnen und Kollegen im VBE Rheinland-Pfalz gut zusammenarbeiten wird.

RED

Victoria Ehrhardt

Exklusiv für Mitglieder des VBE Rheinland-Pfalz

DIGIT – der digitale VBE-Unterrichtsplaner Rheinland Pfalz

Foto: Jan Roeder

Den Unterricht praktisch, schnell und übersichtlich planen – dies ist mit dem Unterrichtsplaner DIGIT möglich.

DIGIT verbindet drei Arbeitsbereiche intelligent und übersichtlich miteinander:

- ✓ einen Jahreskalender, in dem für jeden Kalendertag die Unterrichtsstunden erfasst sind, verbunden mit der Möglichkeit, Inhalte aus den Stoffverteilungsplänen automatisch eintragen zu lassen,
- ✓ die Planung der einzelnen Unterrichtsstunde, in der die Unterrichtsstruktur und alle Unterrichtsmaterialien (Arbeitsblätter, Tafelbilder, Leistungsnachweise etc.) abgelegt werden können, und
- ✓ einen einfachen Kalender, den man für dienstliche und, wenn gewünscht, auch für private Terminplanungen nutzen kann.

Sie wollen DIGIT kennenlernen oder abonnieren? Dann klicken Sie auf www.vbe-rp.de/digit

VBE
Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Rheinland-Pfalz

Stellenabbau und mögliche Schulschließungen

Baustelle Bildungspolitik – Schulen auf Abwegen?

Zu Beginn des neuen Schuljahres war die rot-gelb-grüne Landesregierung gerade einmal 100 Tage im Amt. Für die neue Bildungsministerin Stefanie Hubig gab es vor den Sommerferien wenig Gelegenheit, ihre schulpolitischen Vorstellungen deutlich zu machen. Jetzt aber gilt es. Und offensichtlich wird es düster.

Mittlerweile hat die Landesregierung bekannt gegeben, dass auch im Bereich der Bildung zusätzlich gespart werden muss. Von dem vereinbarten Personalabbau im öffentlichen Dienst sollen bis zum Ende der Legislaturperiode 310 Stellen auf den Schulbereich entfallen. Es ist, als wolle man ein ausgewrungenes Handtuch nochmals durch die Mangel drehen … Wurden noch zu Schuljahresbeginn 270 „echte“ neue Lehrerstellen auf den Schild gehoben und der Ausbau der Poolstunden zum Frühjahr angekündigt, werden diese positiven Signale jetzt wieder „kassiert“. So kurzlebig kann schulpolitischer Fortschritt sein.

Die Einsparungen sollen durch „strukturelle“ Maßnahmen erfolgen, durch „Aufgabenarrondierungen“, das Ausnutzen der demografischen Entwicklung etc. Und: „Die erhöhten Ruhestandsabgänge werden zur Reduzierung der Stellen und Planstellen genutzt“, wie es in einer Ministerialvorlage heißt. Will meinen: Es werden Stellen abgebaut. Es geht ans Personal, allen Beschönigungen der Landesregierung zum Trotz: auch an den Schulen. Man könnte glatt an Wahlbetrug denken …

Strukturelle Maßnahmen – diese reduzieren sich unter der Maßgabe, 310 Stellen streichen und zugleich eine 100%-Unterrichtsversorgung schaffen zu wollen, auf Konzentrationen, Kooperationen und Streichungen. Das sind unter den Bedingungen rückläufiger Schülerzahlen Schulschließungen, Schulkooperationen und der Stellenabbau im Zuge von Pensionierungen.

Bis 2021 – Schulsterben auf Raten?

Und so wird es dann auch kommen. Erstmals seit Jahrzehnten plant eine rheinland-pfälzische Landesregierung wieder die Schließung kleiner Grundschulen. Analog zu den „Leitlinien für ein wohnortnahes Angebot an Realschulen plus“ wird es in Kürze auch für Grundschulen solche Leitlinien geben, in denen jene Kriterien aufgeführt werden, die darüber entscheiden, ob eine Grundschule bestehen kann oder geschlossen wird. Im Koalitionsvertrag hat die Ampel noch das Motto „Kurze Beine – kurze Wege“ beteuert; aber auch hier war im Nebensatz schon die Rede von „guten Alternativen“ bei rückläufigen Schülerzahlen. Die Alternative heißt offenbar: *dichtmachen*.

Auch kleineren Realschulen plus geht es „ans Leder“, allen Stärkungsabsichten im Koalitionsvertrag zum Trotz, ebenso schrumpfenden Förderschulen. Mehr Kooperation gibt es dagegen am Gymnasium, dort sollen Oberstufen zusammenarbeiten – was den Bestand der Gymnasien insgesamt sichert. Auch der pädagogische *brain trust* des Landes – das Pädagogische Landesinstitut (PL) – muss bluten, ein Institut, dessen Hauptaufgaben die Entwicklung von Fortbildungen für die Lehrkräfte und die psychologische Begleitung der Schulen sind. Was das für die Innovationsfähigkeit der Schulen womöglich bedeutet, muss hier nicht erläutert werden.

Am Vorabend der neuen Rationalisierungswelle: Wo stehen die rheinland-pfälzischen Schulen heute?

All dies – und noch viel mehr – ließe sich wegstecken, wenn unsere Schulen gut im Futter stünden. Aber das tun sie nicht, schon seit Langem nicht. Die letzten 20 Jahre rheinland-pfälzischer Schulpolitik sind geprägt von einer Sparaktion nach der anderen, insbesondere im Personalbereich. Das hat dazu geführt, dass die Vielzahl der Reformen, die wir erlebt haben, letztlich vom Personal selbst finanziert wurden.

In dieser fragwürdigen Tradition steht auch die Mainzer Ampel. Das Prinzip heißt: immer mehr Bildungsangebote

mit immer weniger Bildungspersonal. Der Rationalisierungsdruck in der Bildung ist knochenhart.
In welchem Zustand sind die rheinland-pfälzischen Schulen am Vorabend der angekündigten neuen Rationalisierungswelle? Wird Zukunft gestaltet – oder nur Vergangenheit verwaltet? Im Folgenden soll skizziert werden, wo die Schulen heute stehen und was es zu verbessern gilt.

■ Grundschule – chronisch unterfinanziert

Die Absenkung der Klassengröße auf maximal 24 Schüler/-innen hat sich als wesentliche grundschulpolitische Maßnahme der letzten Legislaturperiode durchaus positiv ausgewirkt. Sie kann aber nicht alle Entwicklungen kompensieren, mit denen Grundschulen fertigwerden müssen. So haben empirische Analysen des VBE erhebliche Mängel offengelegt, die letztlich auf einer systematischen Unterfinanzierung der schulischen Grundbildung in Rheinland-Pfalz beruhen. Hinsichtlich der Pro-Kopf-Ausgaben sind Grundschüler die mit Abstand „billigsten“ Schüler. Grundschulbildung wird kaum als Investition in die gesellschaftliche Zukunft anerkannt.

Noch immer ist der Grundschulalltag durch häufige Unterrichtsausfälle gekennzeichnet, die Unterrichtsgarantie der Vollen Halbtagsschule kann auch nach 20 Jahren nicht eingelöst werden. Rein rechnerisch fehlen mindestens 250 Lehrkräfte. „Feuerwehrlehrkräfte“, die *per definitionem* Ausfälle ausgleichen sollen, sind faktisch nicht einsatzbereit, weil sie für längerfristige Vertretungen und Klassenleitungen verplant sind.

Außerdem ist der Grundschulbereich mittlerweile durch einen eklatanten Lehrermangel gekennzeichnet. An Grundschulen unterrichten mittlerweile auch Studenten und übernehmen sogar Klassenleitungen.

Selbst wenn die Landesregierung Einstellungen vornehmen wollte – der Arbeitsmarkt ist weitgehend leer, ein hausgemachtes Problem. Viele junge Lehrerinnen und Lehrer wandern in andere Bundesländer ab, weil nach der letzten Föderalismusreform die Berufsbedingungen außerhalb von Rheinland-Pfalz vielfach günstiger sind und andere Länder stetig einstellen – nicht nur zum Schuljahresbeginn.

Defizite in der Unterrichtsversorgung führen zuallererst zum Abbau der Fördermöglichkeiten, des pädagogischen Kerns der Grundschule. 75 % der Schulen sind laut VBE-Analysen nicht ausreichend mit Ressourcen für einen regelgerechten Förderunterricht versorgt. In der Konsequenz heißt das: Förderunterricht an Grundschulen wird zum Luxus, wenn „alles stimmt“.

Der Lehrermangel schlägt sich auch bei den Schulleitungen nieder. An ca. jeder zehnten Grundschule ist die Schulleitungsstelle nicht besetzt. Schulentwicklung ist ohne pädagogische Führung jedoch nicht realisierbar.

Was es zu verbessern gilt: Grundschulbildung endlich aufwerten

Die Grundschulbildung ist essenziell für die Zukunft unserer Gesellschaft. Die Grundschulen in Rheinland-Pfalz müssen deshalb insgesamt besser ausgestattet werden – materiell wie personell. Die Ausgaben für Grundschüler dürfen denen der Schüler/-innen anderer Schularten nicht nachstehen, sie sind deshalb schrittweise um 20 % anzuheben. Die Unterrichtsversorgung muss auch für Mangelsituationen vollständig sichergestellt werden.

Das bedeutet eine strukturelle Versorgungsquote von 110 % und die Einführung der an den übrigen Schularten üblichen „Drittelpauschale“ als Versorgungsausgleich. Der Klassenteiler an Grundschulen muss mittelfristig bei maximal 20 Schüler(inne)n eingependelt werden. Funktions- und Schulleitungsstellen müssen an den Grundschulen attraktiver werden durch entsprechende Rahmenbedingungen pädagogischer Führungsaufgaben.

■ Realschule plus – *unter Konkurrenzdruck*

Die Situation an den Realschulen plus ist in besonderer Weise durch den allgemeinen Rückgang der Schülerzahlen, durch eine scharfe Konkurrenzsituation unter den Schularten und die Schulwahl der Eltern gekennzeichnet. Mittelfristig führt diese strukturelle „Gemengelage“ zur Bestandsgefährdung von Schulstandorten, insbesondere in der Region. Obwohl die Realschulen plus in hohem Maße auch soziale Integrationsleistungen erbringen, sind die Lern- und Gruppengrößen zu groß und damit nicht konkurrenzfähig gegenüber anderen Schularten der Sekundarstufe I.

Zwar bieten Realschulen plus an 32 (von 171) Standorten mit einer Fachoberschule eine passende Oberstufe, die allerdings mit der Vergabe des Fachhochschulabschlusses über reduzierte Abschlussmöglichkeiten verfügt. Die Realschule plus wird auf Dauer nur konkurrenzfähig sein können, wenn auch sie über eine geeignete Oberstufe die allgemeine Hochschulreife vermitteln kann.

Ein besonders drängendes Problem an den Realschulen plus ist die „Zweiklassengesellschaft“ der Lehrkräfte. Nach der Schulstrukturreform mit Abschaffung von Hauptschulen, Realschulen und Regionalen Schulen leisten ehemalige Hauptschul- und Realschullehrkräfte an Realschulen plus die gleiche Arbeit, werden aber unterschiedlich bezahlt.

Erst nach dem vom VBE erwirkten Urteil des Bundesverwaltungsgerichts geht die Landesregierung nun endlich daran, den rechtswidrigen Zustand bei der Lehrerbesoldung zu beseitigen und den Hauptschullehrkräften eine gerechte Besoldung zu ermöglichen. Dies geschieht nur schleppend, formalistisch und hat wenig mit einer proaktiven Fürsorgepflicht des Landes gegenüber seinen Beschäftigten zu tun. Die rot-gelb-grüne Koalitionsvereinbarung sieht eine Regelung im Rahmen der laufenden Legislaturperiode vor.

Was es zu verbessern gilt: *Realschule plus konkurrenzfähig machen*

Die Konkurrenzfähigkeit der Realschulen plus muss durch gezielte pädagogisch-strukturelle Maßnahmen gestärkt werden. So sind die Klassenstärkungen auch oberhalb der Orientierungsstufe auf maximal 25 Schüler/-innen abzusenken. Die individuelle Förderung muss weiter ausgebaut werden, alle Schüler/-innen müssen den qualifizierten Sekundarabschluss I nach der 10. Klassenstufe erreichen können.

Um die Konkurrenzfähigkeit zu stärken, muss die Realschule plus über eine geeignete Oberstufe die allgemeine Hochschulreife vergeben können – z. B. durch Ausbau der Fachoberschulen, in Kooperation mit beruflichen Schulen oder gymnasialen Oberstufen.

Langfristig ist eine Integration von Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen im Sinne von Gemeinschaftsschulen und damit die Herstellung einer schulstrukturellen Zweigliedrigkeit aus Gemeinschaftsschulen und Gymnasien anzustreben.

■ Integrierte Gesamtschule – *weiter ausbaufähig*

Die Integrierte Gesamtschule hat sich in Rheinland-Pfalz als schulisches Regelangebot etabliert. Nach vielen Jahren der ideologischen Auseinandersetzung ist sie heute landesweit ein attraktives Schulangebot und eine echte – und zuweilen die bessere – Alternative zu den übrigen weiterführenden Schularten. 47 von 55 Integrierten Gesamtschulen sind mittlerweile Schwerpunktschulen, die der Inklusion, insbesondere aber auch der Integration von Flüchtlingskindern verpflichtet sind.

Auch an Integrierten Gesamtschulen ist der Unterrichtsausfall hoch, worunter zuerst das für Integrierte Gesamtschulen spezifische pädagogische Förderangebot leidet. Gemessen am Bedarf gibt es allerdings immer noch zu wenig Integrierte Gesamtschulen, wie die hohe Zahl von über 22 % abgewiesenen Schülern bei der letzten Anmeldung zeigt. Ein Ausbau des Angebots ist deshalb bei entsprechender Nachfrage durch die Eltern und in geeignetem Umfeld nach wie vor notwendig.
Bei Lehrerinnen und Lehrern an Integrierten Gesamtschulen ist die Gleichwertigkeit ihrer Arbeit im Bereich der Sekundarstufe I besonders offensichtlich. Trotzdem ist diese Arbeit immer noch geprägt von unterschiedlichen Stundendeputaten und Besoldungen.

Was es zu verbessern gilt: Vielfalt pädagogisch gestalten

Integrierte Gesamtschulen müssen ebenso über ausreichendes qualifiziertes Personal zur Sicherung des spezifischen pädagogischen Angebots verfügen wie über eine ausreichende Versorgung mit Förderschullehrkräften, pädagogischen Fachkräften und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern zur Bewältigung der Inklusion und der Integration von Flüchtlingskindern.

Auch an Integrierten Gesamtschulen muss es endlich mehr soziale Gerechtigkeit unter den Lehrkräften geben. Unterschiede in Arbeitszeit, Ausbildung und Besoldung müssen abgebaut, die Vorgaben des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zur Lehrerbesoldung an Realschulen plus umgesetzt werden.

Weitere Integrierte Gesamtschulen müssen – auch in Kooperationsformen mit den Oberstufen benachbarter Gymnasien – möglich werden. Darüber hinaus sollte ein Schulversuch zur Erprobung einer doppelqualifizierenden Oberstufe – berufs- und studienpropädeutisch – eingerichtet werden.

■ Gymnasium – *eine sichere Bank*

Das Gymnasium hat sich in den letzten Jahren im Bereich der weiterführenden Schulen zur eigentlichen „Hauptschule“ entwickelt. Die Zahl der Schüler/-innen an den 151 Gymnasien (131.780) hat mittlerweile fast die Zahl der Schüler/-innen an den 966 Grundschulen erreicht (134.852) – wenn auch verteilt auf neun bzw. acht Schuljahre.
Stabile 40 % der Grundschüler/-innen setzen ihren Bildungsweg am Gymnasium fort. Im Bereich der Sekundarstufe I hat das Gymnasium mit ebenfalls knapp 40 % den höchsten Schüler(innen)anteil, vor Realschule plus (38,8 %) und Integrierter Gesamtschule (15,8 %).

Das ist auch der Grund dafür, dass dem Gymnasium schulpolitisch höchste Aufmerksamkeit zuteilwird, zumal es im allgemeinen Bewusstsein der Bevölkerung den höchsten Nimbus unter den Schularten genießt. Der erfolgreiche Besuch eines Gymnasiums gilt verbreitet als beste Voraussetzung für einen weiteren erfolgreichen Lebensweg und als soziales Sprungbrett (das es immer weniger ist).

Die Entscheidung des Landes Rheinland-Pfalz gegen die allgemeine Einführung eines G8-Gymnasiums war richtig, das zeigen die Probleme in anderen Ländern. Die G8-Form nur in Verbindung mit einer Ganztagsschule zuzulassen, hat sich als sinnvoll erwiesen, weil dies nicht zu einer Stauchung des Pensums führt.

Die Ausbildung der Gymnasiallehrer/-innen hat sich durch die Lehrerbildungsreform verbessert (das dürfte der einzige positive Aspekt der Lehrerbildungsreform gewesen sein, s. u.), der Praxisbezug wurde deutlich verbessert.

Ein hoher Anteil der Absolventinnen und Absolventen strebt kein Studium an – das ursprüngliche Ziel des Gymnasiums –, sondern tritt in eine Berufsausbildung ein. Damit wird die Sekundarstufe II ein zweites Mal durchlaufen. Vor diesem Hintergrund wäre es sinnvoll, doppelqualifizierende Oberstufen einzurichten oder das Curriculum mit berufspropädeutischen Inhalten anzureichern. – Die Unterrichtsversorgung ist auch an Gymnasien mangelhaft und dringend verbesserungsbedürftig.

Was es zu verbessern gilt: Gepflegtes pflegen

Das Gymnasium muss weiterhin zeitgemäß und entsprechend der erweiterten Schülerklientel ausgebaut werden. Dadurch wird es auch mit anderen Bildungsgängen kompatibler, was die Durchlässigkeit im Schulsystem

Dem Leben auf der Spur

Das Medienpaket zur Sexualaufklärung

BZgA
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Für Mädchen und Jungen
Für das selbstständige Lesen
Für das gemeinsame Lesen mit den Eltern
Für den Einsatz im Unterricht

Das Medienpaket enthält

- die Geschichte »**Dem Leben auf der Spur**«
- das Lexikon »**Das kleine Körper ABC**«
- das Faltblatt »**Das Baby im Bauch der Mutter**«
- das doppelseitige Plakat »**Wenn Eizelle und Samenzelle sich treffen**«
- die Anschreiben für Lehr- und Fachkräfte sowie für Eltern und Erziehungsberechtigte.

Bestellen Sie das Medienpaket **kostenlos** unter **order@bzga.de** oder per Post bei der BZgA, 50819 Köln mit dieser **Bestellnummer: 13160000**

insgesamt erhöht. Seine Bildungsinhalte müssen sich künftig auch an berufsbildenden Inhalten orientieren. Vor diesem Hintergrund sind doppelqualifizierende Bildungsgänge im Rahmen der gymnasialen Oberstufe zu erproben.

Die Unterrichtsversorgung muss drastisch verbessert und auf ein stabiles 100%-Niveau gebracht werden. Die Lerngruppen müssen im Zuge der individuellen Förderung, der Inklusion und Integration kleiner werden, Klassenstärken über 25 Schüler/-innen sind mit Blick auf den Lernerfolg kontraproduktiv.

■ Förderschule – *unter Wert gehandelt*

Förderschulen haben einen besonderen pädagogischen Auftrag, der auch im Zeitalter der Inklusion – also im Rahmen eines gemeinsamen Unterrichts von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen – weiterhin besteht. Allerdings ist in Rheinland-Pfalz die Versorgungssituation defizitär.

Durch den hohen Unterrichtsausfall (strukturell 3,1 % im letzten Schuljahr) ist die pädagogische Arbeitsfähigkeit der Förderschulen von vornherein gefährdet. Außerdem fehlen sonderpädagogisch ausgebildete Fachkräfte (Förderschullehrer/-innen). Viele „anders qualifizierte“ Lehrkräfte sind im Einsatz. Sonderpädagogische Kompetenzen sind hier nicht ausreichend vorhanden.

Die Arbeitsbedingungen der pädagogischen Fachkräfte an Förderschulen sind zum Teil miserabel. Es gibt kaum Weiterbildungsmöglichkeiten, und die Arbeitsbelastung ist hoch, die beruflichen Perspektiven sind schlecht. Pädagogische Fachkräfte haben keine Möglichkeit, einen Fachlehrerstatus zu erlangen.

Was es zu verbessern gilt: Potenziale erkennen

Förderschulen brauchen eine sichere Unterrichtsversorgung, um ihren Aufgaben gerecht werden zu können. Ihre Versorgungsparameter sollten sich an den Grundschulen orientieren, d. h. an einer Versorgungsquote von 110 %.

Die originäre Ausbildung der Förderschullehrkräfte muss gestärkt und erweitert werden. Die Umsetzung des „Gesetzes zur Stärkung der inklusiven Kompetenz“, das für alle Schulbereiche gelten soll, kann eine qualifizierte sonderpädagogische Ausbildung nicht ersetzen.

Pädagogische Fachkräfte müssen Möglichkeiten zur qualifizierten Weiterbildung erhalten. Pädagogische Fachkräfte sollten auch ein einheitliches Stundendeputat haben, egal an welchen Schularten sie unterrichten.

■ Inklusion – *große Ziele, kleine Taten*

Obwohl das rheinland-pfälzische Schulgesetz grundsätzlich alle Schulen bzw. Schularten in die Inklusion einbezieht, findet Inklusion faktisch lediglich an 289 Schwerpunktschulen statt. Damit wird die Zusage an die Eltern, Inklusion überall an den Schulen anzubieten, grundsätzlich eingeschränkt. Gleichwohl erwarten die Eltern ein allgemeines schulisches Inklusionsangebot.

Zur Unterstützung der Inklusion wandelt das Land einzelne größere Förderschulen in Förder- und Beratungszentren um, deren Personal den umliegenden Schulen für förderpädagogische Maßnahmen zur Verfügung stehen soll. Bisherige pädagogische Angebote zur förderpädagogischen Unterstützung (z. B. die Integrierte Förderung an Grundschulen) werden allerdings abgebaut, sodass inklusive Maßnahmen lediglich verlagert und nicht erweitert werden.

Außerdem gibt es für die Förder- und Beratungszentren keine einheitliche Struktur und keine gleichmäßige Verteilung im Land, vielfach fehlen klare Regelungen (u. a. hinsichtlich präventiver Maßnahmen und der Arbeitszeiten des Personals).

Insgesamt ist die Entwicklung der Förder- und Beratungszentren in einem völlig unvollständigen Schwebezustand, und es ist auch kein klares Entwicklungskonzept erkennbar.

Was es zu verbessern gilt: Inklusion endlich ernst nehmen

Die Förder- und Beratungszentren benötigen zur Umsetzung der schulgesetzlich verankerten Inklusion eine einheitliche Struktur und eine klare, für die Schulen und die Eltern erkennbare Entwicklungsperspektive. Die Arbeit des Personals ist klar und transparent zu regeln, die umliegenden Schulen müssen die Gewissheit haben, dass der Beratungs- und Unterstützungscharakter im Vordergrund steht – und nicht eine Behörde. Wenn dieser pädagogisch nachvollziehbare Ausbau nicht erfolgt, werden die Förder- und Beratungszentren ein ähnliches Schicksal erleiden wie die ehemalige „Agentur für Qualitätssicherung“ (AQS), die auch eine Beratungsfunktion hatte, von der pädagogischen Praxis aber nicht angenommen wurde und letztlich von der Landesregierung geschlossen wurde.

■ Integration von Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien – *nur eine Atempause*

Der aktuelle Rückgang der Flüchtlingszahlen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Hauptaufgabe der schulischen Integration von Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien noch bevorsteht. Dies gilt insbesondere an den Grundschulen, die alle Kinder aufnehmen, unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft.

Ein wesentlicher Teil der Integration geschieht durch pädagogische Förderung und soziale Betreuung der Schulen in Rheinland-Pfalz. Möglichkeiten und Mittel sind jedoch auch nach einem Jahr nach wie vor eng begrenzt. Nach VBE-Analysen erhalten Flüchtlingskinder zu 50 % nicht die erforderlichen Sprachintensivkurse. Über 90 % der Grundschulen in Rheinland-Pfalz geben an, dass sie keine externe Unterstützung beim Umgang mit traumatisierten Kindern erhalten. An runden Tischen sind viele Schulen überhaupt nicht beteiligt.

Was es zu verbessern gilt: Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien jetzt integrieren

Die aktuelle „Atempause“ bei der Flüchtlingsentwicklung muss dazu genutzt werden, die Integrationsmöglichkeiten zu sichern und die besonderen Fördermaßnahmen gezielt auszubauen. Pädagogische Investitionen von heute ersparen hohe Sozialkosten von morgen.

Die Landesregierung muss bessere Voraussetzungen für die kulturelle und soziale Integration an den Schulen schaffen. Der Schlüssel ist die Sprachförderung, dafür brauchen die Schulen mehr qualifiziertes Personal. Doch letztlich geht es um die kulturelle Integration.

Um die Möglichkeiten der Kinder und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien zu verbessern oder überhaupt zu schaffen, hat der VBE einen Zehn-Punkte-Katalog entwickelt.

■ Struktureller Reformbedarf – von Bremsen und Klötzen

Das Schul- und Bildungssystem hat entscheidenden Einfluss auf die Berufs- und Lebenschancen in unserer demokratischen Gesellschaft. Durch das Schul- und Bildungssystem sollen wesentliche Ziele unserer Verfassung umgesetzt werden, Verfassungsziele sind Bildungsziele. Damit dienen Schule und Unterricht, Bildung und Erziehung der Gegenwart und Zukunft unserer

Gesellschaft.Die demokratische Verfassung erlaubt einen dynamischen Wandel aller Lebensbereiche, sozioökonomischer Wandel ist Alltag. Dem muss auch die Schule Rechnung tragen, zum einen durch den Wandel ihres Curriculums, zum anderen durch den Wandel der ihr eigenen Strukturen. Dies ist Sinn und Zweck bildungspolitischer Reformen.

Unser Schulsystem zeichnet sich allerdings durch zahlreiche Strukturelemente aus, die einem Wandel im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Dynamik entgegenstehen. Dies sind zum Bespiel Undurchlässigkeiten im Schulsystem, tradierte Hierarchien aus den Anfängen des gegliederten Schulsystems und eine Organisation des Lehrerberufs nach „Ämtern“, die einen flexiblen Einsatz im dynamischen Wandel des Schulsystems nicht zulassen oder zumindest stark behindern. Diese strukturellen Widerstände müssen abgebaut werden. Es besteht also ein erheblicher struktureller Reformbedarf, um das Schul- und Bildungssystem mit dem gesellschaftlichen Wandel synchronisieren zu können und um seine Potenziale im Sinne der Lernenden ausschöpfen zu können.

Was es zu verbessern gilt: Bremsklötze abräumen

Der Kern struktureller Reformbemühungen muss ein Abbau von Mobilitätshemmnissen zwischen den Bildungsgängen in unserem Schulwesen sein. Das gilt insbesondere für den Bereich der Sekundarstufe I. Zwar ist auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung damit zu rechnen, dass sich eine Veränderung im Sinne eines zweigliedrigen Schulwesens quasi „irgendwann“ von allein ergibt, doch sollte dieser Prozess schulpolitisch aktiv gestaltet werden. Das ist auch möglich unter Berücksichtigung der Akzeptanz der beteiligten Gruppen. Spezifische Klientelinteressen sollten demgegenüber zurückstehen. Entsprechend sollte die Landesregierung – wie im Übrigen im Saarland unter einer CDU-geführten Regierung – ein Schulsystem aus Gemeinschaftsschulen und Gymnasien anstreben.

Mit dem strukturellen Reformbedarf im Bildungssystem als solchem korrespondiert ein ebensolcher Reformbedarf im Beschäftigungssystem des Bildungssystems. Die noch immer starren Strukturen – auch nach der x-ten Dienstrechtsreform – im Lehrerberuf sind nicht nur nach heutigen Maßstäben sozial höchst ungerecht und sachlich bzw. inhaltlich ungerechtfertigt, sie behindern auch die Zukunftsfähigkeit des gesamten Bildungssystems.

In einem modernen Bildungssystem ist der Bildungsauftrag aller Lehrerinnen und Lehrer grundsätzlich gleichwertig, wenn auch nicht gleichartig. Insofern sollten alle Lehrkräfte über den gleichen Status in Ausbildung, Arbeitszeit und Besoldung verfügen (vgl. u.).

Lehrerbildung – *wie eine Reform scheitert*

Die Reform der Lehrerbildung in Rheinland-Pfalz erweist sich letztlich als bildungspolitischer Flop. Sie hat keinen wesentlichen Fortschritt für den Lehrerberuf gebracht, weder hinsichtlich der Qualifikationen noch der beruflichen Flexibilität der Absolventinnen und Absolventen.

Die eingeführte Bachelor-Master-Struktur à la Bologna passt nicht zur Lehrerausbildung, weil ein Bachelor-Abschluss unsinnig ist und keinerlei Arbeitsmöglichkeiten eröffnet. Das ursprünglich für alle künftigen Lehrer gleiche Eingangsstudium (Bachelorphase) wurde durchlöchert und besteht in dieser Einheitlichkeit faktisch nicht mehr.

Durch die horizontale Struktur des Masterstudiums wird die alte hierarchische Ordnung unter den Lehrämtern nahtlos fortgeführt und noch verschärft. Den Master (mit voller Punktzahl) erhalten an der Universität lediglich die Absolventen der Lehramtsstudiengänge Gymnasium und Berufsschule; alle übrigen Absolventen müssen die für sie zum Master notwendigen restlichen Punkte durch den Seminarbesuch erwerben (wobei dieser Erwerb lediglich durch Anwesenheit bzw. den erfolgreichen Abschluss des Seminars erfolgt).

Obwohl alle Lehramtsstudierenden zum Ende einen von der Universität vergebenen Master-Abschluss erhalten, also auf gleichem wissenschaftlichem Niveau qualifiziert sind, sind für ihre Einstellung in den Schuldienst die Staatsexamina ausschlaggebend. Darüber „sortiert“ der Staat die überkommene Hierarchie unter den Lehrerinnen und Lehrern und schafft damit ein höchst unflexibles Berufssystem.

Was es zu verbessern gilt: Ein neuer Anlauf

Die Reform der Lehrerbildung bedarf dringend einer Neuauflage bzw. ihrer Fortsetzung mit dem Ziel einer höheren Flexibilisierung des Lehrerberufs. Ansonsten werden personalrelevante Reformbestrebungen im Schulsystem weiterhin zu erheblichen Verwerfungen und Problemen führen – wie nach der Schulstrukturreform in Rheinland-Pfalz geschehen.

Es ist schulstrukturell unsinnig, im Schulsystem mehr Integration, Kooperation und Individualisierung zu schaffen und zugleich die starren Schranken zwischen den Lehrämtern über eine antiquierte Lehrerbildung aufrechtzuerhalten.

Vor diesem Hintergrund muss die Hierarchisierung der Lehrämter durch unterschiedlich lange Ausbildungszeiten in der Masterphase aufgehoben werden. Unterschiedlich lange Ausbildungen sind sachlich nicht gerechtfertigt, sondern haben ihre Begründung ausschließlich in den Konsequenzen für die Einstufung nach dem Dienstrecht. Sie sind durch den Ausbildungsgegenstand nicht begründbar.

Erst eine Einheitlichkeit in der Struktur der Ausbildung schafft auch die Grundlage für eine höhere Flexibilität zwischen den Lehrämtern, deren horizontale Struktur in ein gestuftes System (nach Schulstufen) umgestaltet werden sollte. Dadurch werden Lehrkräfte flexibler einsetzbar und können damit den Veränderungen im Schulsystem besser und ohne Überforderungen/Inkompetenzen gerecht werden.

Fazit

In der Bildung kommt es auf die Menschen an – Schule und Unterricht werden mit Menschen gemacht, als Lernende und als Lehrende. Rationalisierungsprozesse in der Bildung, die an den Menschen sparen – ob an den Lernenden oder den Lehrenden –, schränken Bildung ein und bleiben im Stadium bildungspolitischer Propaganda.

Die neue schulpolitische Rotstiftpolitik der rheinland-pfälzischen Landesregierung wird keinen Erfolg haben, wenn sie die Bildungs- und damit auch die Lebenschancen der nachwachsenden Generationen dauerhaft und stabil verbessern will. Darauf ist sie nicht angelegt. Der Landesregierung geht es offensichtlich weniger um die Optimierung der Bildungsqualität als vielmehr um die Optimierung einer Rationalisierung von Bildungsangeboten. Bildungspolitik ist damit erklärtermaßen ein Appendix der Haushaltspolitik, sie ist nicht (mehr) eigenständig.

Das liegt auch daran, dass ständig das notwendige Geld für wichtige Vorhaben fehlt. Die Bildung ist chronisch unterfinanziert.

Die Beseitigung dieser chronischen Unterfinanzierung und die strukturelle Modernisierung des rheinland-pfälzischen Bildungssystems kosten viel Geld. Der VBE ist der Auffassung, dass die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse nicht aufgegeben werden muss, um diese wichtigen gesellschaftspolitischen Ziele zu erreichen.

Der Schlüssel liegt nach Auffassung des VBE in einer Aufhebung des Kooperationsverbots zischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik. Deutschland muss endlich den Weg finden in einen konstruktiven Föderalismus, in dem sich Bund und Länder ergänzen und stützen und nicht gegenseitig abgrenzen – zulasten der Bildungsfinanzierung von Ländern wie Rheinland-Pfalz.

Wenn das Statistische Bundesamt in diesen Tagen mitteilt, dass der Staat bei den Steuereinnahmen einen Überschuss von 18,5 Milliarden Euro erzielt hat – allein im ersten Halbjahr 2016 –, muss einfach mehr Geld für die Bildung da sein, wenn wir ernst nehmen, was in der Politik und in unserer Gesellschaft unumstritten ist: **Bildung ist Zukunft!**

Dies darf auch nicht daran scheitern, dass die Länder an diesen Mehreinnahmen einen vergleichsweise geringen Anteil haben (zurzeit 0,4 Milliarden Euro). Vielmehr ist diese Verteilung aus Sicht des VBE ein klarer Hinweis darauf, dass sich am Verteilungsmodus etwas ändern muss. Der Föderalismus darf nicht Selbstzweck sein, er muss flexibel und kooperativ sein, gerade wenn es um die Bildungsfinanzierung geht.

Vor diesem Hintergrund tritt der VBE energisch für eine Abschaffung des Kooperationsverbots in der Bildungspolitik ein, eines Verbots, das eine Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in der Bildung untersagt.

Nicht nur die Flüchtlingsentwicklung hat exemplarisch gezeigt: Wenn Bund und Länder auch finanziell zusammenarbeiten, können schulpolitische Probleme, die in allen Bundesländern gleich sind, auch gemeinsam geregelt werden. Geld ist also da, es muss nur richtig zugunsten der Bildung verteilt werden.

br

Kleiner Leitfaden für Personalratsmitglieder

„Aller Anfang ist (nicht) schwer!“ (Teil 30)

Personalversammlung (PV): Sie soll ein Forum bieten, in dem ÖPR, Kollegium und Schulleitung miteinander diskutieren und sprechen können. Beschlüsse können zwar gefasst werden, rechtliche Möglichkeiten zur Durchsetzung bestehen aber nicht. Für die Meinungsbildung des ÖPR sind solche Versammlungen zur Eigenjustierung sehr wichtig, um nicht die Bodenhaftung zu verlieren. Erwähnt werden sollte, dass der ÖPR nicht an ein evtl. gefasstes Votum einer PV gebunden ist.

Teilnehmer/-innen: Die PV besteht aus den Beschäftigten einer Schule sowie ihrer u. U. zugeordneten Schulen. Die Beschäftigten können teilnehmen, es gibt aber keine Teilnahmepflicht. Die Teilnahme hat übrigens keine Minderung der Dienstbezüge oder des Arbeitsentgelts zur Folge. Auch Beauftragte der in der Schule vertretenen Gewerkschaften haben ein Teilnahmerecht mit beratender Stimme, ebenso Beauftragte der Schwerbehindertenvertretung sowie Beauftragte von HPR und BPR. Deshalb hat der ÖPR den oben Genannten nach § 51 (2) Satz 3 die Einberufung einer Personalversammlung rechtzeitig unter Übersendung der Tagesordnung und Angabe von Versammlungsort und -zeit mitzuteilen. Die Gewerkschaften bestimmen selbst, wer an der PV teilnimmt.

Die Schulleitung ist unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig einzuladen. Sie ist nicht zur Teilnahme verpflichtet; sie muss zumindest anwesend sein, um den Lagebericht nach § 48 (2) zu erstatten. Dieser Lagebericht muss vorher mit dem ÖPR erörtert werden. Die Schulleitung besitzt Rederecht, aber kein Abstimmungsrecht.
Einladung/Zeitpunkt: Zu beachten ist, dass nur der ÖPR nach entsprechender Beschlussfassung eine PV einberufen kann. Auf Wunsch der Schulleitung oder eines Viertels der Beschäftigten ist aber der Personalrat nach § 48 (3) verpflichtet, innerhalb von 20 Werktagen eine Personalversammlung einzuberufen und den beantragten Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung zu setzen. Auch die in der Schule vertretenen Gewerkschaften können nach § 48 (4) einen Antrag auf Einberufung einer Personalversammlung innerhalb von 20 Werktagen stellen. Dies geht aber nur, wenn im vorhergegangenen Kalenderjahr keine Personalversammlung stattgefunden hat bzw. keine für das kommende Vierteljahr geplant ist.

Personalversammlungen finden in der Arbeitszeit statt. Für Schulen bedeutet dies nicht zwingend einen Zeitpunkt während der Unterrichtszeit. Grundsätzlich sollte aber die Personalversammlung in einer Zeit stattfinden, die einen möglichst geringen Unterrichtsausfall hervorruft. Der ÖPR entscheidet letztlich, sollte aber nicht vergessen, die Schulleitung rechtzeitig zu informieren. Diese braucht die Personalversammlung weder zu genehmigen, noch kann sie diese verbieten. Der ÖPR sollte aber bedenken, keine Fakten zu schaffen, die die Schulleitung nicht mehr in die Lage versetzen, ihrerseits Vorkehrungen zu treffen. § 49 (1) spricht von zwingenden dienstlichen Verhältnissen, die u. U. eine andere Regelung erfordern.

Ablauf: Die PV wird von dem/der Vorsitzenden nach § 47 (1) geleitet. Durch ihn/sie wird eine Tagesordnung erstellt, die aber von den Teilnehmer(inne)n ergänzt werden kann. Da es sich um keine öffentliche Veranstaltung handelt, haben andere Personen als die oben genannten keinen Zutritt, zudem besitzt der ÖPR während der PV das Hausrecht. Politische Äußerungen sind nicht statthaft, ebenso nicht die Mitteilung von Angelegenheiten, die im Rahmen der Personalratsarbeit der Verschwiegenheit unterliegen.

Der Personalrat erstattet nach § 48 (1) einen Bericht über seine Tätigkeit. Dies gilt auch für die Schulleitung, die über die Aufgabenentwicklung der Schule, über die Personalentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Maßnahmen, die der Gleichstellung von Frau und Mann dienen, über die Situation der schwerbehinderten Beschäftigten sowie über die Arbeitsweise der Schule unter besonderer Berücksichtigung der technologischen Entwicklung Bericht zu erstatten hat, wie es im § 48 (2) heißt. Themen für eine PV können alle Angelegenheiten sein, die eine Schule betreffen, wie z. B. Tarif-, Besoldungs- oder Sozialangelegenheiten, Fragen der Gleichstellung. Die PV kann nach § 50 (1) dem ÖPR Anträge unterbreiten und zu seinen Beschlüssen Stellung nehmen.

Zusammengestellt von
Johannes Müller
j.mueller@vbe-rp.de

Erfolgreich mit dem VBE – eine Zwischenbilanz (I)

Berufspolitische Arbeit lebt von ihren Taten – und Erfolgen. Davon hat der VBE Rheinland-Pfalz zahlreiche durch das Engagement seiner Expertinnen und Experten in den letzten Jahren vorzuweisen – von der Grundschule über die Schulen im Bereich der Sekundarstufen bis zur Lehrerbildung an den Universitäten.

Dabei stand und steht immer der pädagogische Fortschritt im Fokus. Zugleich sind es aber auch – der VBE wäre keine Lehrergewerkschaft, wenn dies nicht so wäre – die Arbeitsbedingungen, die maßgeblich die Berufspolitik des VBE bestimmen. Denn schulpolitischer Fortschritt kann immer nur so gut sein, wie er in die Praxis, in den schulischen Alltag umsetzbar ist. Deshalb steht der VBE für eine pragmatische Schulpolitik, ebenso für eine Personalratsarbeit mit Bodenhaftung. Ziele, die wir uns setzen, müssen erreichbar sein.

VBE-Erfolg für Grundschulen: Kleinere Klassen

Kleinere Klassen – das war und ist eine Standardforderung in der Schulpolitik. In Zeiten der individuellen Förderung erhält sie ein umso größeres Gewicht. Ohne kleine Klassen – und ausreichende Lehrerversorgung – keine echte Chancengleichheit. Allerdings: Kleine Klassen sind kein Allheilmittel gegen alle Probleme, die an den Schulen auftreten. Deshalb: Das Engagement für angemessene Klassengrößen geht weiter.

VBE-Erfolg für Grundschulen: Weniger Stress bei den Zeugnissen

Im Prinzip war die Idee der Verbalzeugnisse nicht schlecht und wurde vom VBE lange befürwortet. Bis sich in der Praxis eklatante Mängel herausstellten: Die umfangreichen Formulierungen kamen bei den Eltern nicht so an, wie sie sollten, wurden nicht immer verstanden und erforderten einen Arbeitsaufwand, der in keinem sinnvollen Verhältnis zum Nutzen stand. Daran litt der Unterricht – das Kerngeschäft der Kolleginnen und Kollegen.

Der VBE – und nur der VBE – setzte sich deshalb für neue Zeugnisse ein, die übersichtlicher und allgemein verständlicher gestaltet werden können und zudem einen ungleich geringeren Aufwand erfordern. Solche

Zeugnisse wurden schließlich an den Grundschulen eingeführt – ein klarer Erfolg der VBE-Grundschulpolitik. Doch: Was bis jetzt nur für die Klassenstufen 3 und 4 gilt, sollte auch für Klassenstufe 2 möglich werden. Daran arbeitet der VBE.

VBE-Erfolg für Realschulen plus und IGS: Mehr soziale Gerechtigkeit für Kolleginnen und Kollegen

Der VBE kann als Motor der Schulstrukturreform gelten. Bereits mit seinem Modell der Regionalen Schule hat der in den 90er-Jahren ein Schulkonzept vorgelegt, das in Rheinland-Pfalz Schulreform ohne Kulturkampf möglich gemacht hat. Die Realschule plus ist nichts anderes – mit neuem Typenschild. Schulpolitische Modellpflege also, die zu mehr Bildungsgerechtigkeit und Sozialchancen unter den Jugendlichen geführt hat.

„Vergessen“ hat die Landesregierung bei dieser pädagogischen Reform die zwingend notwendig gewordene Reform des Lehrerberufs. Denn jetzt musste – wie im Übrigen über viele Jahre schon an den Integrierten Gesamtschulen – die gleiche Arbeit von Lehrkräften unterschiedlicher Lehrämter geleistet werden, „natürlich“ mit unterschiedlicher Bezahlung. Die Landesregierung stützte sich dabei auf formale Differenzen in der Ausbildung (die letztlich angelegt sind, um unterschiedliche Bezahlungen möglich zu machen), ließ dabei aber außer Acht, dass die Kolleginnen und Kollegen die Chance erhalten müssen, dass höherwertige Amt erwerben zu können. Sie hätte die Lehrämter mit dem Schulstrukturänderungsgesetz auch einfach anpassen können, wie dies bei den Schulleitungen erfolgte. Aber das wollte sie nicht …

Es blieb letztlich der vom VBE gestützten Klage vor den Gerichten vorbehalten, dass dieser rechtswidrige Zustand – so das Bundesverwaltungsgericht in höchster Instanz – jetzt beseitigt werden muss. Der VBE hat sich durchgesetzt, und zwar so deutlich wie selten zuvor. Schade, dass in diesem Verfahren die Landesregierung keine Hürde auslässt, um die Entwicklung zu bremsen. Schade auch, dass die gewerkschaftspolitischen Gegner so unsolidarisch mit dem VBE-Erfolg umgehen – zulasten vieler Kolleginnen und Kollegen. Der VBE lässt sich nicht beirren – er kämpft weiter mit allen rechtlichen und politischen Mitteln für die Gleichstellung der Kolleginnen und Kollegen. Übrigens nicht nur an Realschulen plus. Weil Lehrer/-innen eben Lehrer/-innen sind.

VBE-Erfolg für IGS: Keine Inklusion zum Nulltarif

Zum Glück ist es heute keine ideologische Frage mehr, wie man zu Integrierten Gesamtschulen steht. Außer einigen Vorgestrigen sehen heute alle schulpolitischen Akteure in der Gesamtschule eine echte Alternative mit besonderem pädagogischem Angebot. Kein Wunder, dass im Zeitalter der Inklusion 85 % der Integrierten Gesamtschulen zu Schwerpunktschulen geworden sind.

Da liegt das Problem. Der Ressourcenvorbehalt, dass Inklusion nur möglich ist bei einer entsprechenden personellen und räumlichen Ausstattung, damals wie heute eine klare Forderung des VBE, wurde von der Landesregierung einfach gekippt. Stattdessen wurde die Experimentierklausel eingeführt, frei nach dem Motto: Wir haben zwar kein Konzept, aber die Schulen haben die Chance, selbst eines zu entwickeln.

Der VBE hat das scharf kritisiert. Wieder einmal wird eine pädagogische Reform auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen abgearbeitet. Der VBE fordert daher für Integrierte Gesamtschulen bzw., Schwerpunktschulen qualifiziert ausgebildete Förderschullehrkräfte und kein Förderangebot „light“. Seitdem tut sich was.

VBE-Erfolg für Förderschulen: Nicht zu ersetzen

Die Förderschulen tragen im Vergleich der Schularten bei der Unterrichtsversorgung seit Jahren die „rote Laterne“. Die Gründe dafür sind hausgemacht: Es fehlen Förderschullehrkräfte, weil zu wenige ausgebildet werden. Über Jahre musste man den Eindruck gewinnen, die Förderschulen sollten ausgetrocknet werden. Doch dieses Thema ist – auch dank des VBE-Engagements – vom Tisch. Auch im Zeitalter der Inklusion haben Förderschulen ihren festen Platz.

Der VBE hat deshalb eine drastische Verbesserung der Unterrichtsversorgung und vor allem eine Aufstockung der Förderschullehrerbildung gefordert. Mit Erfolg!

Aus einzelnen Förderschulen sind mittlerweile Förder- und Beratungszentren geworden. Das war auch eine Forderung des VBE – für alle Förderschulen. Auch hier zeigt sich das Dilemma rheinland-pfälzischer Schulpolitik: wenig Licht und viel Schatten. Mit dem VBE ist das nicht zu machen – jetzt nicht und auch künftig nicht.

br

Denkanstoß für Planung und Reflexion:

Indikatoren für guten Unterricht

Egal, ob als Lehramtsanwärter/-in, Junglehrer/-in oder Lehrer/-in mit langer Berufserfahrung: Die Reflexion und die kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Unterricht sind und bleiben ein wichtiger Bestandteil der täglichen Arbeit. Mögliche Aspekte oder Indikatoren, die wir als Grundlage für unsere Unterrichtsreflexion zu Hilfe nehmen könnten, sind u. a.:

1. Im Unterricht herrscht eine positive Atmosphäre

- Positive Beziehungen in der Klasse (zwischen den Schülern, den Lehrern und Schülern und unter den Lehrern);
- die Schüler werden so wahr- und angenommen, wie sie sind;
- die Schüler werden wertgeschätzt;
- es herrscht eine Atmosphäre von Lob und Anerkennung;
- die Schüler untereinander und der/die Lehrer/-in mit den Kindern können adäquat miteinander kommunizieren;
- der/die Lehrer/-in kann den Schülern aktiv zuhören;
- der/die Lehrer/-in wendet sich im Unterricht einzelnen Kindern zu;
- der/die Lehrer/-in ist im Unterricht für die Kinder präsent.

2. Der Unterricht berücksichtigt die Lernvoraussetzungen der Schüler

- Entwicklungsstand,
- Talente,
- Befindlichkeit,
- Stärken und Kompetenzen.

3. Der Unterricht ist an der Lebenswelt und den Bedürfnissen der Kinder orientiert

- Die Lehrerin / der Lehrer macht das Lernvorhaben transparent;
- die Schüler/-innen werden mit ihren Interessen und Vorschlägen in die Themenfindung einbezogen;
- die Lehrerin / der Lehrer ist sensibel für die Interessen der Kinder.

4. Der Unterricht ist klar strukturiert

- Ein roter Faden ist erkennbar;
- organisatorisch gut strukturiert;
- Rahmen/Regeln/Rituale/Rhythmisierung;
- transparente und nachvollziehbare Konsequenzen;
- passende Methoden, Sozialformen und Medien;
- ansprechende Lernarrangements für die Schüler schaffen.

Mit der Berücksichtigung dieser möglichen Indikatoren sollten wir – für unsere Schüler und für uns selbst – jeden Tag den Lern- und Lebensraum Schule attraktiv und lebenswert gestalten.

Nicole Saueressig
Junger VBE Rheinland-Pfalz
n.saueressig@t-online.de

VBE-Kreisverband Germersheim

Vorankündigung Mitgliederversammlung

Ort:	**Stadtgarten-Restaurant, Tournuser Platz 3, 76726 Germersheim**
Termin:	**Freitag, 18.11.2016, um 18 Uhr**
Anmeldung:	**Wir bitten um Rückmeldung bis 22. September 2016 an Karin Mey, Telefon 02621 40129, oder per E-Mail an Kamey1982@aol.com.**
Programm:	**Eine persönliche Einladung mit Tagesordnung wird schriftlich an alle Mitglieder des VBE-Kreisverbandes Ende Oktober erfolgen. Der Vorstand hofft auch in diesem Jahr auf rege Teilnahme.**

Marlies Kulpe, VBE-Kreisvorsitzende

Freitag 18.11.2016 ab 18.00 Uhr

Fortbildung zur Marte Meo Methode

Ort:	**Grundschule Kirchheimbolanden, Linsenpfad 4, 67292 Kircheimbolanden**
Termin:	**03. November 2016 von 17-19 Uhr**
Dozentin:	**Dipl. Sozialpädagogin und Marte Meo-Therapeutin Sabine Herrle, Ludwigshafen**
Programm:	**Die Marte Meo Methode ist ein von der Niederländerin Maria Aarts entwickeltes videogestütztes Beratungskonzept, welches sehr stark auf die in jedem Menschen vorhandene eigene Kraft setzt und individuelle Entwicklungsschritte möglich macht. Eltern, Bezugspersonen und pädagogische Mitarbeiter/innen in den unterschiedlichsten beruflichen Handlungsfeldern werden im Umgang bzw. ihrer Arbeit mit ihrem Kind / ihren Kindern erfolgreich unterstützt. Den Teilnehmenden wird anhand von Videoclips gezeigt, wie Marte Meo hilfreich eingesetzt werden kann. Nähere Informationen unter marcmelzer@gmx.de.**

Ulrike Melzer, VBE-Kreisvorsitzende

03.11.2016 von 17–19.00 Uhr

VBE-Stadtverband Mainz

VBE-Spitze in Mainz bestätigt

Die Führungsmannschaft des VBE Mainz

Turnusmäßig hatte der Kreisvorsitzende Dr. Markus Bachen zur Mitgliederversammlung des VBE Mainz-Stadt in die Grundschule Mainz-Lerchenberg eingeladen. Es war wieder an der Zeit, einen Rückblick zu wagen und den Vorstand neu zu wählen.

So konnte der Vorsitzende in seinem Rechenschaftsbericht auf regelmäßige Mitgliedertreffen, kulturelle und gesellschaftliche Veranstaltungen sowie Besichtigungen hinweisen. Aber es wurden auch schulnahe Themen angeboten wie der Besuch einer Kindertagesstätte mit angegliedertem Hort für Grundschüler. Außerdem lud der VBE in die Grundschule Mainz-Laubenheim, um über die neuen Grundschulzeugnisse zu informieren.

Der Vorsitzende konnte in seinem Bericht auf stabile Mitgliederzahlen seit der letzten Mitgliederversammlung hinweisen. Allerdings wäre eine aktivere Teilnahme der Mitglieder an Veranstaltungen sehr wünschenswert. Anschließend wurde der Kreisvorstand einstimmig entlastet.

Die anschließenden Neuwahlen des Kreisvorstands ergaben eine Bestätigung der Kreisspitze. Zum Kreisvorsitzenden wiedergewählt wurde Dr. Markus Bachen. Als Stellvertreter bestätigt wurde Valeriano Sierra-Haupt. Als Beisitzer wurden Helga Kinsky, Monika Koilpillai und Susanne Millen in den Vorstand gewählt.

In seinem Schlusswort bestätigte der neue Vorsitzende eine Kontinuität bei den Aktivitäten des Kreisvorstands und dankte allen Anwesenden für ihr Engagement. Das nächste Treffen wird der Adventskaffee am 12. Dezember 2016 sein. Dann sollen auch die langjährigen Mitglieder für ihre Mitgliedschaft geehrt werden.

Dr. Markus Bachen
VBE-Kreisvorsitzender

www.recht-fuer-lehrer.de

Durchgesetzt!

Der VBE sorgt für Ihr Recht

Einweisung in höhere Besoldung bei Funktionsstelle und absolvierter Wechselprüfung

Eine GHS-Lehrkraft mit Funktionsstelle an einer Realschule plus oder IGS hat unmittelbar nach Ablegen der erforderlichen Wechselprüfung I einen Anspruch auf amtsangemessene Besoldung und Höherstufung in der Besoldung.

Denn anders als bei den Lehrkräften ohne Funktionsstelle ist die Besoldung der Funktionsstellenträger im Besoldungsrecht unmissverständlich an das Eingangslehramt gekoppelt. Sobald sich – beispielsweise nach einer Wechselprüfung – das Eingangslehramt verändert, ist die Besoldung auf Antrag unmittelbar zu korrigieren. Möglicherweise erinnert sich der eine oder andere daran, dass die damalige Stellenausschreibung unterschiedliche Qualifikationsniveaus nannte, die für eine Bewerbung notwendig waren. Daran ist erkennbar, dass die Besoldung in diesem Fall gerade nicht von den Haushaltsspielräumen abhängig ist, sondern die Funktionsstelle in jedem Fall ordnungsgemäß zu besolden ist, egal auf welcher Besoldungsstufe. Wir empfehlen daher, unter Verweis auf die absolvierte Wechselprüfung einen formlosen Antrag mit angemessener Bearbeitungsfrist zu stellen.

dh

RA Dominik Hoffmann

... das VBE-Rechtsberatungsangebot:

direkt, kompetent, umfassend!

Der VBE Rheinland-Pfalz bietet seinen Mitgliedern ein umfassendes Berufs- und Rechtsberatungsangebot.

Schwerpunkte sind u. a.:

- Verwaltungs- und Dienstrecht
- Beamten- und Tarifrecht
- Schul- und Personalvertretungsrecht
- Beihilferecht/Altersteilzeit/ Pensionsberechnung

Telefonberatungszeiten unseres Justiziars Dominik Hoffmann:

Montag, 14:30–16:30 Uhr
Mittwoch, 11:00–12:30 Uhr
Donnerstag, 14:30–16:30 Uhr

Telefon 0 61 31 61 64 22

Verbeamtung noch mit 47 bei Vorliegen von Erziehungszeiten vor Aufnahme des Lehrerberufs?

Frage:

Ich bin seit einigen Jahren unbefristet als Lehrkraft im rheinland-pfälzischen Schuldienst tätig und stehe im Angestelltenstatus. Als ich nun bei meiner Schulaufsichtsreferentin nachgefragt habe, wie meine Chancen auf eine Verbeamtung stünden, teilte sie mir mit, dass ich mit 47 Jahren keine Verbeamtung mehr erreichen könne. Auf meine Nachfrage, ob dies aufgrund der Kindererziehungszeiten und mehrerer familiär notwendig gewordener Umzüge im Einzelfall anders zu behandeln sei, verneinte sie dies. Hat sie recht?

Antwort:

In Rheinland-Pfalz ist eine Verbeamtung grundsätzlich bis zur Vollendung des 45. Lebensjahres möglich, § 19 Abs. 1 LBG. Somit wäre zunächst eine Verbeamtung nicht mehr möglich. Eine Erhöhung der Altersgrenze kann jedoch vor dem Hintergrund

Rechtsfrage des Monats

Doppelte Versorgung bei Pension und Rentenbezug?

Ich bin pensionierter Berufsschullehrer und erhalte seit meinem Pensionseintritt eine Pension basierend auf dem Ruhegehaltssatz von 69,45 %.

Vor meiner Tätigkeit als Lehrkraft habe ich eine Handwerkerausbildung absolviert und einige Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt. Daraus erhalte ich eine Rente in Höhe von 128,74 Euro.

Nun habe ich mittels Regelungsbescheid vom Landesamt für Finanzen die Mitteilung bekommen, dass mein Ruhegehalt teilweise ruhend gestellt wird, soweit es in der Summe mit der gesetzlichen Rente die Höhe von 71,75 % meiner Endstufenbesoldung übersteigt. Hiergegen möchte ich Widerspruch einlegen, was kann ich tun?

1) Erheben Sie binnen der in der Rechtsbehelfsbelehrung genannten Monatsfrist Widerspruch beim Landesamt für Finanzen und begründen Sie Ihren Widerspruch mit der sachlich nicht zu rechtfertigenden Diskriminierung, in deren Konsequenz Ihre Einzahlungen (sowie die Zahlungen des damaligen Arbeitgebers) leerlaufen würden, wenn Ihnen diese Rente nun vorenthalten wird.

2) Ein erfolgreicher Widerspruch in der Sache ist ausgeschlossen. Die auf dem Alimentationsprinzip beruhenden Ruhensvorschriften beim gleichzeitigen Bezug von mehreren Renten und Versorgungsleistungen sind durch die Rechtsprechung eindeutig geklärt und legen in rechtmäßiger Art und Weise fest, dass eine Pensionszahlung insoweit ruht, als sie den gesetzlichen Höchstbetrag der Versorgung (in Rheinland-Pfalz 71,75 % der Endstufenbesoldung) durch Addition mit der weiteren Rentenzahlung übersteigt.

besonderer Rahmenbedingungen zulässig sein, wenn eine Ausnahme des § 8 Laufbahnverordnung (LbVO) vorliegt. Hier sind insbesondere der Fall einer Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger sowie eine Schwerbehinderung zu nennen, die jeweils eine Erhöhung um maximal 3 Jahre ermöglichen. Bei Vorliegen beider Fälle sind maximal 4 Jahre insgesamt zu berücksichtigen.

Eine Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten vor Beginn der Aufnahme der Lehrtätigkeit oder privat motivierte Umzüge sind hier leider nicht berücksichtigungsfähig, sodass eine Verbeamtung in Ihrem Fall tatsächlich ausscheidet.

Werden Ansparstunden bei Aufgabenverteilung berücksichtigt?

Frage:
Ich nutze zurzeit meine zwei letzten Ansparstunden, sodass ich in diesem Schuljahr 25 statt 27 Stunden unterrichte. Meine Schulleitung teilt mir jedoch mit, dass bei der Aufgabenverteilung vom Volldeputat ausgegangen werde. Ist dies rechtlich zulässig? Ich habe die zwei Stunden doch schon bezahlt, indem ich vor einigen Jahren 21 Stunden gearbeitet haben, aber nur 20 bezahlt wurden.

Antwort:
Ihre Berücksichtigung im Dienst erfolgt anhand des Gliederungsplans, in welchem Sie korrekt mit 25 Stunden eingeplant sind. Hiervon kann Ihre Schulleiterin nicht eigenmächtig abweichen, da in Ihrem Fall tatsächlich die Arbeitsleistung bereits vorerbracht wurde. Besprechen Sie die Angelegenheit deshalb noch einmal mit der Schulleitung; sollte dies nicht ausreichen, holen Sie sich gerne Unterstützung vom Bezirkspersonalrat, der Sie in dieser Sache vertreten kann.

25. Dienstjubiläum ? 1 oder 2 Tage Freistellung?

Frage:
An unserer Schule haben zeitgleich zwei Kolleginnen Dienstjubiläum, wobei eine von ihnen unbefristet als Tarifbeschäftigte arbeitet, die andere Kollegin ist verbeamtet. Nun hat die Schulleitung mitgeteilt, dass die Beamtin zwei Freistellungstage erhält, die Tarifbeschäftigte jedoch nur einen. Ist dies korrekt?

Antwort:
Die rechtlichen Rahmenbedingungen von Beamtenverhältnis und Arbeitsverhältnis differieren an vielen Stellen, so auch hier. Grundlage für die Freistellung einer verbeamteten Lehrkraft bildet die Jubiläumszuwendungsverordnung (JubV), gemäß § 1 Abs. 2 JubV sind zwei Arbeitstage Freistellung zu gewähren. Tarifbeschäftigte Lehrkräfte erhalten ihre Vergütung über den Tarifvertag der Länder (TV-L). Dort sind in § 29 Abs. 1 TV-L die Regelungen dahin gehend ausgestaltet, dass ein einzelner Tag Arbeitsfreistellung gewährt wird.

Ungeachtet des Status erfolgt die Freistellungsbewilligung ohne zeitliche Bindung an den Termin und kann bis zum Ablauf des Kalenderjahres in Anspruch genommen werden, welches auf das Dienstjubiläum folgt. Entgegen verbreiteten Gerüchten wird die Befreiung auch gewährt, wenn der Tag des Dienstjubiläums auf einen arbeitsfreien Tag fällt.

Antwort auf Rechtsfrage des Monats

Richtig ist Antwort b).
Die Rechtslage gestaltet sich in allen Bundesländern und auch für Bundesbeamte gleich, lediglich die Höhe der maßgeblichen Versorgung variiert zwischen den Ländern.
Grundsätzlich ist das Land als Dienstherr verpflichtet, nach dem sog. Alimentationsprinzip für den Beamten und dessen Familie auch nach dem Ende des aktiven Dienstes zu sorgen. Dabei hat sich der rheinland-pfälzische Gesetzgeber an der Regelung für Bundesbeamte orientiert und hierfür festgelegt, dass eine Versorgung mittels 71,75 % des jeweiligen Endstufengehaltes als ausreichend anzusehen ist. Die Mindestversorgung liegt in Rheinland-Pfalz bei 35 %.
Probleme entstehen nun durch gemischte Erwerbsbiografien, also beispielsweise dadurch, dass die Lehrkraft vor dem Schuleinsatz einen anderen Beruf erlernt hat oder anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt war.
Sofern es sich bei den Sozialversicherungszeiten um Zeiten aus angestellter Lehrtätigkeit oder vergleichbaren Arbeitsverhältnissen handelt, kann auf Antrag eine Vordienstzeitentscheidung getroffen werden, durch die diese Zeiten als ruhegehaltsfähig eingestuft werden. Dies führt zu einem „Ausbuchen“ aus dem Rentenkonto und einem „Einbuchen“ ins Pensionskonto und damit zu einer Verbesserung der Versorgungssituation. Eine wirtschaftliche Verschlechterung hierdurch ist praktisch unmöglich.
Für Zeiten, die nicht ruhegehaltsfähig sind, gilt die sogenannte Höchstgrenzenregelung, wonach der Versorgungsbetrag (teilweise) ruhend gestellt wird, wenn durch eine weitere Rentenzahlung die genannte Höchstgrenze überstiegen wird, vgl. § 75 Abs. 2 LBeamtVG. Diese ergibt sich aus der fiktiven Berechnung der Höchstpension. Dieser Betrag ist der pensionierten Lehrkraft zu zahlen. Liegt die tatsächliche Pension unterhalb der Höchstgrenze von 71,75 %, kann neben der Rentenzahlung (ggf. anteilig) bis zum Erreichen der Höchstgrenze noch eine Versorgungsleistung gezahlt werden.
Die Rechtsprechung ist aktuell durch das Verwaltungsgericht Koblenz (Urteil vom 12. August 2016, Aktenzeichen: 5 K 280/16) erneut bestätigt worden. Dabei wurde auch eine Diskriminierung sowie ein Verstoß gegen europäisches Recht verneint. Im dortigen Fall ging es um die Entscheidung des Dienstherrn, dem Polizeioberkommissar eine Rentenzahlung aus einer vorhergehenden Tätigkeit als Maschinenschlosser von seiner Höchstpension in Abzug zu bringen.

Zusammengestellt von RA Dominik Hoffmann

Wir gratulieren unseren Geburtstagskindern im November 2016

■ ZUM 91. GEBURTSTAG

AM 30.11.
Karl Weiter
Friedrich-Ebert-Str. 60 ▪ 67346 Speyer

■ ZUM 90. GEBURTSTAG

AM 08.11.
Hans Castor
Lennéstr. 2 ▪ 56068 Koblenz

■ ZUM 89. GEBURTSTAG

AM 10.11.
Hans-Martin Lenz
Zäunenweg 1 ▪ 55608 Bergen

AM 15.11.
Hans Peter Becker
Wirtengenstr. 7 ▪ 56564 Neuwied

AM 21.11.
Elisabeth Rader
Vor dem Leetor 1 ▪ 53545 Linz

■ ZUM 87. GEBURTSTAG

AM 08.11.
Helene Weis
Hillinstr. 19 ▪ 54296 Trier

■ ZUM 86. GEBURTSTAG

AM 11.11.
Luise Dries
Friedhofsweg 1 ▪ 54578 Walsdorf

AM 20.11.
Hermine Borsch
Jahnstr. 5 ▪ 56812 Cochem

AM 20.11.
Friedrich Felgenheier
Münchwiese 6 ▪ 56566 Neuwied

■ ZUM 85. GEBURTSTAG

AM 05.11.
Gertrud Schuler
Karl-Härle-Str. 22 ▪ 56075 Koblenz

■ ZUM 83. GEBURTSTAG

AM 03.11.
Reinhard Schantz
Amselstr. 40 ▪ 66994 Dahn

AM 18.11.
Franz Kaplan
Berliner Str. 8 ▪ 76756 Bellheim

■ ZUM 82. GEBURTSTAG

AM 06.11.
Reimund Reifenrath
Steckensteiner Str. 11 ▪ 57537 Mittelhof

■ ZUM 81. GEBURTSTAG

AM 08.11.
Reinhold Kasper
Auf Pötsch 9 ▪ 54518 Minderlittgen

AM 17.11.
Regina Müller
Wolfsgracht 4 ▪ 54636 Baustert

AM 18.11.
Ilse Schmidt-Beranek
Schillstr. 97 ▪ 55131 Mainz

■ ZUM 80. GEBURTSTAG

AM 27.11.
Hermann Wölwer
Gartenstr. 36
56154 Boppard-Bad Salzig

■ ZUM 79. GEBURTSTAG

AM 20.11.
Christel Wenz
Im Böhel 24
55450 Langenlonsheim

■ ZUM 78. GEBURTSTAG

AM 05.11.
Adelheid Docter
Auf der Lährwiese 6
54538 Kinheim-Kindel

AM 24.11.
Josef Esseln
Königsberger Str. 36 ▪ 54516 Wittlich

AM 27.11.
Dieter Altmeier
Eichendorffstr. 3 ▪ 56075 Koblenz

■ ZUM 77. GEBURTSTAG

AM 01.11.
Helmut Endres
Fliederstr. 7 ▪ 67112 Mutterstadt

AM 21.11.
Marianne Stünn
Gerichtsstr. 3 ▪ 57537 Wissen

AM 27.11.
Gerda Honnef
Im Flürchen 6 ▪ 53520 Müllenbach

AM 30.11.
Günther Friedrich
Goldbergstr. 15 g ▪ 55457 Gensingen

AM 30.11.
Erika Hahn
Wintersdorfer Berg 1 ▪ 54310 Ralingen

■ ZUM 76. GEBURTSTAG

AM 05.11.
Rainer Sturm
Schützenstr. 38
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler

AM 15.11.
Siegbert Utikal
Mennonitenstr. 20 ▪ 56567 Neuwied

AM 18.11.
Dietrich Schabow
Gassenweg 3 ▪ 56170 Bendorf-Sayn

■ ZUM 75. GEBURTSTAG

AM 01.11.
Ursula Gorondzielski
Kurt-Schumacher-Ring 10
76756 Bellheim

AM 05.11.
Gerhard Wünstel
Goethestr. 22 ▪ 76846 Hauenstein

AM 11.11.
Hildegard Joksch
Sankt-Florentiner-Str. 7
54492 Zeltingen

AM 16.11.
Günter Walburg
Trifelsstr. 34 ▪ 67354 Römerberg

AM 17.11.
Inge Menzenbach
Wilhelmstr. 36
53562 St. Katharinen

AM 19.11.
Edeltraut Müller
Neuer Weg 9 ▪ 56379 Winden

AM 23.11.
Kurt Klimperle
Im Steingebiß 4 ▪ 76764 Rheinzabern

AM 24.11.
Karl Hein
Boorwiese 37 ▪ 54439 Saarburg

■ ZUM 74. GEBURTSTAG

AM 05.11.
Rita Temmes
Auf Merschel 17 ▪ 54453 Nittel

AM 19.11.
Hans Joachim Schupp
Im Wiesengrund 20
55491 Büchenbeuren

AM 24.11.
Beate Brandts
Ringstr. 68 ▪ 57580 Gebhardshain

■ ZUM 73. GEBURTSTAG

AM 01.11.
Ursula Wetzel
Dienheimer Berg 85
55545 Bad Kreuznach

AM 11.11.
Franzjörg Specht
Mainzer Str. 403 ▪ 55411 Bingen

AM 12.11.
Jürgen Lohmaier
Kölner Str. 11 ▪ 57635 Weyerbusch

AM 14.11.
Peter Schön
Im Oberen Berg 11
67354 Römerberg

AM 24.11.
Helmut Zwick
Herrengasse 11
76829 Landau-Nußdorf

■ ZUM 72. GEBURTSTAG

AM 06.11.
Erich Kraemer
Im Schmitzberg 2 ▪ 54516 Wittlich

AM 12.11.
Bernd Kliemann
Adolf-Kolping-Ring 3 ▪ 55232 Alzey

AM 13.11.
Annelie Schweitzer
Koosbüscher Str. 7
54636 Wißmannsdorf

AM 16.11.
Karin Gappe
Rheinstr. 8 ▪ 53489 Sinzig

AM 19.11.
Gerlinde Hermann
Keppsmühlstr. 14
55411 Bingen am Rhein

AM 27.11.
Elke Wilke
Zum Sperberwäldchen 10
54634 Bitburg

AM 29.11.
Bernd Münchgesang
Im Pöhlen 9 ▪ 54338 Schweich

■ ZUM 71. GEBURTSTAG

AM 06.11.
Michael Kratz
Burgunderstr. 4 ▪ 76846 Hauenstein

AM 07.11.
Alois Kapell
Wittum 1 ▪ 53539 Kelberg

■ ZUM 70. GEBURTSTAG

AM 05.11.
Annemarie Schreiner
Gartenstr. 8 ▪ 66994 Dahn

AM 07.11.
Hermann Eulberg
Bleichstr. 53 ▪ 57627 Hachenburg

AM 08.11.
Günther Greb
Im Häuselgarten 32
67466 Lambrecht/Pfalz

AM 11.11.
Konrad Ochsenreither
Buchstr. 10 ▪ 76751 Jockgrim

AM 15.11.
Ingeborg Krause
Alzeyer Str. 50 ▪ 67549 Worms

AM 19.11.
Kirsten Braun
Blocksbergstr. 79 ▪ 66955 Pirmasens

AM 26.11.
Inge Gauggel
Pfarrer-Kraus-Str. 24 c
56077 Koblenz-Arenberg

AM 27.11.
Margret Datz
Eibenweg 5 ▪ 53757 Sankt Augustin

Reformation und Glaubensentwicklung in der Pfalz

Informatives Seniorentreffen der VBE-Region Rheinhessen-Pfalz

Zu einem Treffen mit Führung durch Neustadt/Wstr. und anschließender Weinprobe hatte die VBE-Region Rheinhessen-Pfalz am frühen Nachmittag des 7. September 2016 eingeladen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer trafen sich am Hauptbahnhof. Bei strahlendem Sonnenschein führte Michael Landgraf, Pfarrer der evangelischen Landeskirche, durch die Altstadt von Neustadt/Wstr. und referierte dabei über die Reformation und die Glaubensentwicklung in der Pfalz, wobei er einzelne Schwerpunkte durch den Besuch der historischen Stätten verdeutlichte.

Ein Stück Zeit- und Glaubensgeschichte: die Reformation in der Pfalz

Humorvoll illustrierte er die wechselvolle Geschichte, die geprägt ist durch das Miteinander oder Gegeneinander der weltlichen Ereignisse wie der verschiedenen reformatorischem Strömungen. So zeigte er auf, dass Neustadt bereits 1275 durch Rudolf I. von Habsburg die Stadtrechte erhielt, die Stiftskirche bereits 1368 ihre Grundsteinlegung erfuhr und zum Wahrzeichen Neustadts wurde. Heute ist die Stiftskirche eine der berühmtesten Simultankirchen.

Die Reformation in Neustadt und der Pfalz geht im Wesentlichen auf Ursinus zurück, Luther war niemals hier. Der Rundgang führte uns zum Ursinushaus, weiter zum Casimirianum, der damaligen calvinistischen Universität als reformiertem Gegenpol, bevor die Hochschule nach Heidelberg verlegt wurde. Ursinus war Mitherausgeber des „Heidelberger Katechismus“, sein Schüler David Wängler schrieb die „Neustadter Bibel“.

Über einen großen Zeitraum residierten die Kurfürsten oder später ihre Stellvertreter in der Vizedomei. Der Weinbau war bereits zu dieser Zeit prägend. In der Mittelgasse, Haus Nr. 3 (das Foto zeigt die Teilnehmer vor diesem Haus), befindet sich die vermutlich älteste Weinstube der Stadt, die noch heute als Gaststätte betrieben wird und immer noch als Einkehrstätte für Wandergesellen dient.

Nachdem der Bildungshunger gestillt war, machten sich die Teilnehmer auf den Weg nach Hambach zum Weingut Müller-Kern, um sich an der Weinprobe und einem Pfälzer Essen zu laben. Jürgen Kern führte durch den Weinkeller und erläuterte die Gerätschaften, die heute in keinem modernen Betrieb mehr fehlen dürfen. Er ging auf aktuelle Probleme ein, wie die Kirschessigfliege als Schädling roter Früchte im Obst- und Weinbau, die Nässe des Frühjahrs und die starke Sonneneinstrahlung im Spätsommer, die die Qualität des Weines erheblich verbessern dürfte, aber auch die Gefahr in sich birgt, dass die Trauben einen Sonnenbrand erhalten. Auch der Klimawandel und seine Auswirkungen wurden angesprochen.

Heute können in der Pfalz Weine angebaut werden, die in früheren Zeiten in dieser Gegend nicht gediehen. Die einzelnen Weinproben wurden fachmännisch erklärt und mit einem Trinkspruch aufgenommen. Insgesamt eine gelungene Veranstaltung, so das Fazit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Konrad Ochsenreither
Sprecher der Seniorinnen und Senioren
im VBE Rheinland-Pfalz

Freie Router

Seit August ist der „Routerzwang“ Geschichte. Die Kunden eines Internetproviders sind nicht mehr auf den Router angewiesen, der ihnen von dem Provider zur Verfügung gestellt wird. Um einen Fremdrouter zu nutzen, müssen jedoch die Zugangsdaten bekannt sein. Diese erhält man vom Provider, der sich bei Bestandskunden häufig querstellt. Nur Neukunden müssen die Daten unaufgefordert und kostenfrei mitgeteilt werden. Altkunden werden in der Regel jedoch auch die Daten mitgeteilt, die Anbieter fürchten sonst eine Kündigung. Bei Nachfrage werden häufig Zusatzoptionen oder ein Vertragswechsel angeboten. Wenn es dadurch teurer für Sie wird, sollten Sie sich darauf nicht einlassen! Ein Nachteil des Fremdrouters ist der fehlende Support durch den Provider. Alle Updates und Fehlerbehebungen müssen selbst ausgeführt werden. Dafür kann aber ein besserer Router gewählt werden. Falls Sie planen, auf einen eigenen Router umzusteigen, dann sollten Sie noch bis 2017 warten. Erst dann können Sie von Erfahrungsberichten anderer Umsteiger profitieren.

iPad Pro

Das Tablet „iPad Pro“ von Apple gibt es in zwei Größen: 9,7 Zoll und 12,9 Zoll. Verarbeitung und Qualität sind gut, das Display allerdings ist bei Weitem nicht so scharf wie z. B. beim iPhone. Apple-Fans werden sich davon aber ebenso wenig abschrecken lassen wie von dem sehr hohen Preis. So kostet das 9,7-Zoll-Modell in der einfachsten Variante ca. 690 €. Seit dem Spätsommer ist als Zubehör eine Tastatur mit deutschem Tastenlayout erhältlich. Auch dafür ist der Preis mit ca. 170 € hoch.
www.apple.com/de/

Powerbank

Spielen Sie Pokémon Go? Dieses Spiel ist ein Segen für die Powerbank-Hersteller. Nach zwei bis drei Stunden ist der volle Akku leer gesaugt, Zusatzenergie bringt eine Powerbank. Dabei gilt grundsätzlich, dass stärkere Akkus größer und schwerer sind als schwächere. Bei der angegebenen Kapazität können Sie getrost ca. 30 % abziehen, die „echte“ Kapazität ist immer niedriger als die angegebene. Wollen Sie mehr als ein Gerät gleichzeitig aufladen, empfiehlt sich ein Modell mit zwei oder drei USB-Buchsen. Wenn Sie sich z. B. für die „Power Core+ 26800“ von Anker entscheiden, können Sie bis zu drei Geräte gleichzeitig laden. Mit 585 g ist diese leistungsstarke Powerbank allerdings recht schwer. Um sie in der Hosen- oder Gürteltasche zu verstauen, sollten Sie direkt ein langes Ladekabel mitbestellen. Testberichte zu Powerbanks finden Sie z. B. hier:
http://powerbanktest.net/

Mobbing im Internet

Mobbing hat es schon immer gegeben. Auch früher wurden Menschen ausgegrenzt und waren Ziel von Spott und Angriffen. Durch die Möglichkeit des „Cybermobbings“ ist jedoch eine neue Dimension erreicht worden. Mobbing ist nicht mehr temporär, sondern verfolgt das Opfer viele Jahre lang. Heute wird schnell von „Mobbing“ geredet, wenn es nur um „normale“ Streitereien unter Schülern geht. Dennoch muss das Thema ernst genommen werden, echte Mobbingfälle müssen konsequent verfolgt und von der Schule unterbunden werden. Eine gute Übersicht über Formen, Fakten und Möglichkeiten der Schule finden Sie hier:
www.polizei-beratung.de

Fieberthermometer

Früher gab es Fieberthermometer mit Quecksilber, nicht zu vergleichen mit den heutigen digitalen Modellen. Neu ist ein Thermometer mit Bluetooth und WLAN. Das Modell „Thermo“ von Withings misst die Temperatur mit 16 Infrarotsensoren innerhalb von 2 Sekunden und sendet das Ergebnis ans Smartphone. Natürlich kann die Temperatur auch abgelesen werden. Bei einer Übertragung auf das Smartphone kann durch die Withings-App „Thermo“ bei einer Messreihe eine „Timeline“ mit allen Daten dargestellt werden. Es ist möglich, die Namen verschiedener Personen einzugeben und einen Namen nach der Messung auszuwählen. So werden die Daten automatisch der jeweiligen Person zugeordnet. Zu jedem Messwert können zusätzliche Informationen eingegeben werden. Der Preis ist mit ca. 100 € im Vergleich zu „normalen“ Thermometern hoch.
www.withings.com/eu/de/

VHS

Steht bei Ihnen auch noch ein alter VHS-Videorekorder? Ein neues Gerät werden Sie nicht mehr kaufen, der letzte Hersteller hat im Sommer die Produktion aufgegeben. Funai stellte noch etwa 750.000 Rekorder pro Jahr her, im Jahr 2000 waren es noch 15 Millionen. Seit 1980 produzierte der japanische Konzern VHS-Rekorder, nach 36 Jahren lohnt es sich nun nicht mehr. Eine „Wiedergeburt“ der Technik ist nicht zu erwarten, die Qualität ist im Vergleich zu DVD und Blu-ray zu schlecht.

VHS digitalisieren

Solange Ihr VHS-Rekorder noch funktioniert, können Sie Ihre eigenen Videos digitalisieren. Dazu benötigen Sie einen „Audio/Video-Grabber“. Besitzt Ihr Rekorder keine Cinch-Buchsen, dann benötigen Sie zusätzlich einen Scart/Cinch-Adapter. Beim Grabber wird die nötige Software meist mitgeliefert. Ein Grabber kostet ca. 20 €, der Adapter ca. 5 €. Alternativ kann eine einzelne Kassette auch zu einem professionellen Digitalisierer geschickt werden. Dabei kostet eine Kassette (90 Minuten) ca. 15 €. Empfehlenswert ist z. B. der „CSL – USB 2.0 Audio/Video Grabber“ für ca. 20 €, der auch mit Windows 10 funktioniert.
www.csl-computer.com

Pokémon Go

Ist „Pokémon Go“ eine gefährliche App? Beliebt ist sie auf jeden Fall, in jeder Stadt sieht man Menschen, die „Pokémon“ einfangen. Dabei werden auch gefährliche Situationen heraufbeschworen, wenn durch den Blick auf das Smartphone die Umgebung nicht beachtet wird. Sind, wie bei einem Gymnasium in Düsseldorf, ein „Pokéstop“ und eine

VORSCHAU

In der nächsten Ausgabe lesen Sie u. a.:
- Einkauf in China
- WLAN-Repeater
- IFA Berlin

Rückmeldungen erwünscht!
Schicken Sie Anregungen, Wünsche oder Anmerkungen an den Autor:
N.Ristic@gmx.de

„Arena“ direkt an der Schule, hilft nur das Smartphone-Verbot während des Unterrichts. Gerade für Jugendliche hat Pokémon Go aber auch positive Aspekte. So muss z. B. zum Ausbrüten der „Eier“ ein Weg von 2 km, 5 km oder 10 km gewandert werden (Maximalgeschwindigkeit 10,5 km/h). Die „Pokéstops“ sind meist Sehenswürdigkeiten, die sonst häufig übersehen werden. Wünschenswert wäre eine Verlinkung der Sehenswürdigkeit mit Wikipedia. Nicht zuletzt ist das Spiel gemeinschaftsfördernd. Es bilden sich Gruppen für die Arenen, die Pokémon werden gemeinsam gejagt. Ein Spiel, das körperliche Aktivität fordert, ist in jedem Fall besser als ein „Ballerspiel“ für den heimischen Rechner.

Koffergurt

Ihr Koffer wird bei der Flugreise durch einen Gurt gesichert? Einen Gurt mit Bluetooth bietet jetzt Pearl an. Mit dem Smartphone gekoppelt ertönt am Gurtschloss ein Alarm, wenn der Koffer weiter als 15 m entfernt wird. Umgekehrt meldet sich das Smartphone, wenn am Reiseziel der Koffer auf dem Band in Reichweite kommt. Das Kofferband kostet bei Pearl ca. 23 €, bei eBay ist es im Sofortkauf für ca. 14 € (inkl. Versand) erhältlich.

www.pearl.de
www.ebay.de

App-Tipp: HERE – WeGo

Nokias kostenloser Kartendienst „HERE Maps“ hat einen Nachfolger – „HERE WeGo“. Routen können per Auto, Fahrrad, zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln geplant werden. Vorteil gegenüber „Google Maps“ ist, dass das gesamte Kartenmaterial offline nutzbar ist. Zum Download der Karten muss ein kostenloses Konto angelegt werden. Die App ist für Android und iOS erhältlich.

Internet

Sie sind umgezogen und suchen einen neuen Arzt? „Jameda“ ist nach eigenen Angaben die größte Ärzte-Datenbank mit 275.000 eingetragenen Ärzten und 1,5 Millionen Bewertungen. Nach Eingabe eines Fachgebietes und des Ortes erscheinen die Fachärzte mit Bewertungen.
www.jameda.de

Im nächsten Jahr ist die Abiturprüfung? Hier bekommen zukünftige Studenten viele wertvolle Tipps und Hinweise. Alle Hochschulen in Deutschland werden vorgestellt. Das Portal der Bundesagentur für Arbeit richtet sich aber auch an Studierende, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer.
www.abi.de

Um kindgerecht an politische Fragen heranzuführen, hat die Bundeszentrale für politische Bildung das Portal „HanisauLand“ ins Leben gerufen. Geeignet ist es für Kinder ab einem Alter von etwa 10 Jahren. Alle Beiträge oder Fragen, die Kinder eingeben, oder auch der Chat werden moderiert, d. h., nichts wird ungeprüft veröffentlicht.
www.hanisauland.de

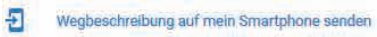
Für Kinder ab 6 Jahren ist das Portal „Internet-ABC“ gedacht. Kindgerecht werden Gefahren im Netz und der richtige Umgang mit dem Internet aufbereitet. Das Portal wird von der „Landesanstalt für Medien NRW“ begleitet.
www.internet-abc.de

Die Kindernetzseite des SWR hat sogar ein eigenes Angebot für Vorschulkinder. Auf jeden Fall besser, als Vorschulkinder auf Seiten für Erwachsene surfen zu lassen.
www.kindernetz.de/kribbeltz

Tipps und Tricks

Google Maps

Oft ist es einfacher, eine Route am PC oder am Notebook zu planen als am Smartphone. Nach der Planung am PC ist es einfach möglich, die Route auf das Smartphone zu übertragen. Die einfachste Möglichkeit zur Erstellung einer Route ist die rechte Maustaste. Zuerst klicken Sie auf Ihren Startpunkt und wählen „Route von hier“. Nun suchen Sie das Ziel und wählen „Route hierher“. Die berechnete Route kann nun übertragen werden. Dies funktioniert aber nur, wenn Sie mit demselben Google-Konto angemeldet sind. Vor der Übertragung wird die Anmeldung mit Ihrem Google-Konto angeboten. Nach



wenigen Sekunden kann die Route im Smartphone geöffnet werden.

Windows 10 – Benutzerkonten

Neben der „normalen“ Benutzerkontensteuerung über die Einstellungen kann auch in Windows 10 das Programm „netplwiz“ aufgerufen werden. Geben Sie „netplwiz“ dazu in das Eingabefeld links unten ein und drücken Sie „Enter“. Nun sehen Sie alle Nutzer, können neue anlegen oder die Anmeldung mit Kennwort ausschalten.

Windows 10: Startsound

Beim Start von Windows ertönt der Start-Sound aus den Boxen. Sie wollen, dass Windows lautlos startet? Dann gehen Sie in die Systemsteuerung und tippen Sie in das Suchfeld „Sound“. Wählen Sie bei den Ergebnissen „Sound“ und im folgenden Fenster die Registerkarte „Sounds“. Hier können Sie vielen Ereignissen einen eigenen Sound zuweisen. Unter dem Zuweisungsfenster finden Sie ein Aktivierungsfeld für den Startsound.

Windows 8/10: Reset

Windows läuft nicht mehr richtig? Sie müssen das System nicht mehr komplett neu installieren, seit Windows 8 gibt es eine „Wiederherstellungsfunktion“. Dabei können entweder die eigenen Dateien behalten oder ein Komplettreset durchgeführt werden. Sie erreichen die Funktion in der Systemsteuerung über „Update und Sicherheit“ und dort unter „Wiederherstellung“.

Windows-Neuinstallation

Sie haben Markenrechner gekauft? Oft wird er mit viel Werbesoftware geliefert, die stört. Bei Microsoft können Sie eine „nackte“ Windows-Version (ab Windows 7) herunterladen und auf dem Rechner installieren. Natürlich benötigen Sie zur Installation den „Windows Product Key“ des gekauften Rechners. Sie finden den Key häufig auf einem Aufkleber am Gehäuse. Sie können zum Auslesen auch ein Programm wie „Windows Product Key Viewer“ nutzen.
www.microsoft.com/de-de/software-download

Kreisverband Trier Saarburg

Josef Blaes zum Einhundertersten!

Am 3. September 2016 feierte unser Kollege und Rektor a. D. Josef Blaes seinen 101. Geburtstag. Der Jubilar, der seit Kurzem im Seniorenheim in Konz-Karthaus lebt, ist seit 1950 – also stolze 66 Jahre – Mitglied im VBE Rheinland-Pfalz.

In einer kleinen, improvisierten Feierstunde im Kreise seiner Familie überbrachten Vorstandsmitglieder des VBE-Kreisverbandes Trier-Saarburg ihrem ältesten Mitglied und Kollegen herzliche Glück-und Segenswünsche, auch im Namen des VBE-Landesverbandes. Wie sehr Josef Blaes als Lehrer und Erzieher gewirkt hat, zeigt sich an der Tatsache, dass auch ehemalige Schülerinnen und Schüler zur Gratulation gekommen waren.

Wir gratulieren unserem liebenswerten Kollegen Josef Blaes und wünschen ihm weiterhin alles Liebe und Gute. Das Foto zeigt Josef Blaes (sitzend) im Kreise der Vorstandskollegen, v. l. n. r. : Elke Gentgen, Franz-Karl Rauls und die VBE-Kreisvorsitzende Barbara Mich.

Walter Bach
Pressereferent
des VBE-KV Trier-Saarburg

Kreisverband Ludwigshafen-Frankenthal

VBE besucht Schloss Wachenheim

Am 14. September 2016 besuchte der VBE-Kreisverband Ludwigshafen-Frankenthal das Schloss Wachenheim.

Im Schatten eines Baumes im Schlossgarten hörten wir Interessantes und Wissenswertes über 125 Jahre Schloss Wachenheim. 1725 erwarb Freiherr Johann Georg von Sussmann das Grundstück und ließ dort ein Schloss im ländlichen Barockstil mit Wirtschaftstrakt errichten.

1880 erwarb der Weinhändler Georg Böhm das Anwesen, um eine Schaumweinfabrik zu errichten. 1886 bekam man das Patent zur Schaumweinherstellung im Fassgärverfahren. Somit entstand die „Deutsche Schaumweinfabrik in Wachenheim“. Ab 1892 nannte sie sich „Sektkellerei Schloss Wachenheim“. In den 90er-Jahren wurde sie von der Trierer Sektkellerei Faber und deren Miteigentümer, der Familie Reh, übernommen. Ende der 90er-Jahre wurde die Sektkellerei auf den neuesten Stand gebracht und wurde damit zu einem der modernsten Flaschengärbetriebe in Deutschland.

Anschließend ging unsere Führung in den historischen Gewölbekeller, in dem die Pfälzer Weine zu Sekten heranreifen. Wir wurden in die Geheimnisse traditioneller Sektherstellung eingeweiht:

- Tankgärung
- Flaschengärung im Transvasierverfahren:
  Hier werden die Grundweine in Flaschen vergoren, nach der 2. Gärung entkorkt und in einen Tank entleert (transvasiert). Die Hefe wird herausgefiltert, der Sekt ist klar. Dieser Sekt wird dann wieder in Flaschen abgefüllt. Damit das unter hohem Druck stehende Getränk nicht unkontrolliert aus der Flasche schießt, wird der Korken – wie bei den anderen Verfahren – mit einer Agraffe (Vierdrahtbügel) fixiert.

Der VBE im Weinkeller

- Traditionelle Methode:
  Hier reift der Sekt während des gesamten Gärprozesses in ein und derselben Flasche.

Allen Verfahren gemeinsam ist die abschließende Zugabe der Versanddosage, bestehend aus Wein- und/oder Traubenmost. So bekommt der Sekt den gewünschten Geschmack: extra brut, trocken, halbtrocken bis mild.
Während der Führung durften wir verschiedene Sekte kosten. Fest steht: Sekt ist ein prickelndes Vergnügen in vielen Facetten. – Nach der Führung saßen wir noch gemütlich in einem Wachenheimer Lokal beisammen. Wir bedanken uns bei Heide und Helmut Endres für die Organisation.

Marika Klausmann
Kreisverband
Ludwigshafen-Frankenthal

IN MEMORIAM

Wir werden unserem verstorbenen Mitglied ein ehrendes Andenken bewahren.

Maria Böll
Hauptstr. 71 a
67297 Mannheim
geb. 20.04.55
† 26.07.16

* (und Lehrerinnen natürlich auch)

... wenn sie als Anwalt von Bildung und Kultur auftreten:

Lacht doch nicht – Lachen steht einem gebildeten Deutschen nicht, Lachen ist undeutsch ...

Bildung, Herrschaften, ist kein Konsumartikel, den man sich so einfach reinzieht ...

Mit Wissenschaftlichkeit kann man sich so schön um die entscheidenden Lebensprobleme herummogeln ...

... wenn sie sich – kenntnisreich – zur Natur und Umwelt äußern:

Ich zeigen Ihnen jetzt in Kunststoff eingelegte Skelette. Das ist natürlich Geschmackssache – ich hab lieber die freien ...

In den Gebieten unseres Vaterlandes, wo der Pfarrer noch etwas gilt, gibt es keinen Geburtenrückgang ...

Mit dem Teststäbchen ist Schwangersein einfach einfach ...

... wenn sie mit griffigen Formulierungen brillieren:

Team heißt: Toll, ein anderer macht's ...

Die Erde ist ein Paradies, von Bestien bewohnt ...

Das Restrisiko ist das Risiko, das uns den Rest gibt ...

Zitate aus dem echten Schulleben, gesammelt von Dieter Kroppach (†), meinem Deutschlehrer

br

Das große „Die besten Sprüche schreibt das Leben doch immer wieder selbst"-Rätsel

Die Buchstaben in den gelben Kästchen, absteigend von links nach rechts gelesen, ergeben den Lösungssatz von John F. Kennedy.
Schicken Sie nur diesen Satz per E-Mail an die VBE-Landesgeschäftsstelle: info@vbe-rp.de. **Einsendeschluss ist der 21.10.2016.**
Unter den rechtzeitig eingegangenen Einsendungen verlosen wir 3 x 6 Flaschen guten Weines aus besten rheinland-pfälzischen Lagen.
Der Rechtsweg ist dabei ausgeschlossen.

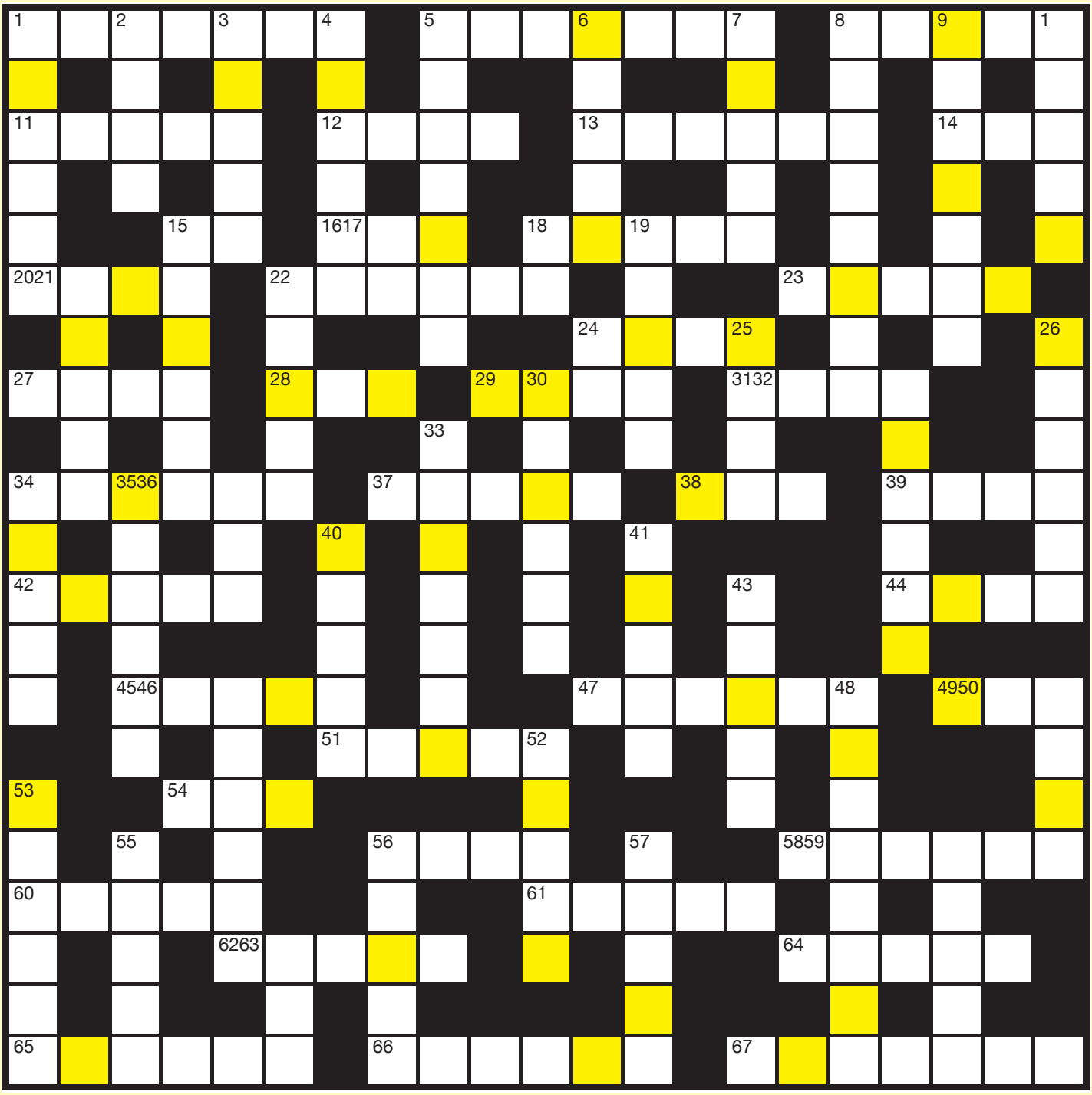
Viel Erfolg wünscht Ihre Redaktion!

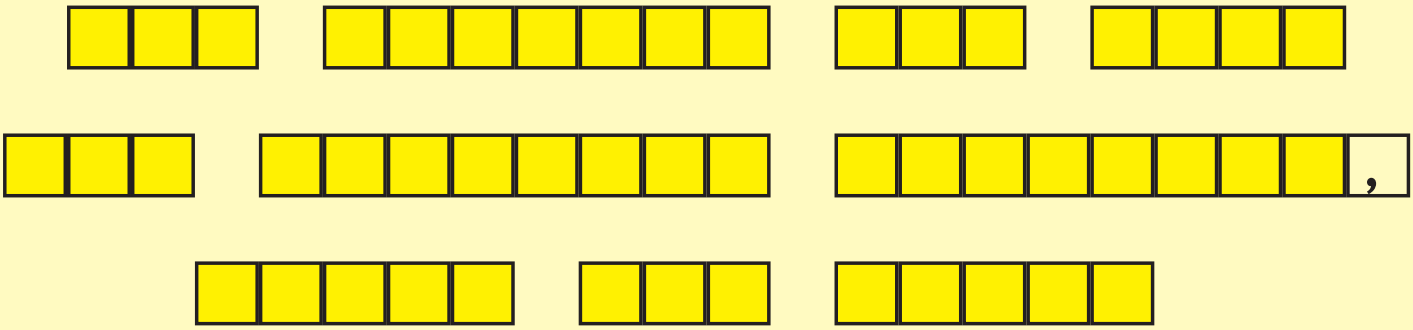
Waagerecht:

1 Ick bin ein Bärlina
5 Die ? kennt nur der Wind
8 Os frontale
11 Letzter Buchstabe im griechischen Alphabet
12 Bruder vom Adidas
13 Begriff aus der Astronomie
14 Die ewige Stadt
15 Pädagogisches Landesinstitut
16 Hau rein, Junge
18 Sie spielt ?, sang der alte Udo
20 Mit Kohlensäure versetztes Mineralwasser
22 Anweisung, die ausgeführt werden muss
23 Heißt die Maja?
24 Mist, verdammter
27 Kleiner als die Axt
28 Gehe direkt in das Gefängnis! Gehe nicht über ?
29 Fisch
31 Sinnesorgan
34 Hauptstadt von Erdoğan-Country
37 Hat die wirklich 7 Leben?
38 Ist immer kalt
39 Schmarotzer, Blutsauger
42 Nicht billig
44 Wirtschaftlicher Zusammenbruch
45 Pfote bei großen Raubtieren
47 Enthaltsame Lebensweise
49 Nicht alt
51 Zum Atmen unerlässlich
54 Scheues Tier
56 Hauptstadt der Ukraine
58 Trinkt der Motor gerne
60 Sittliche Gesinnung einer Person
61 Auf jeder kanadischen Flagge zu finden
62 Gefährlicher Virus
64 Unbeweglich, fest
65 Kontinent
66 Der mit der Maske
67 Geschichtliche Darstellung in ziemlich genauer zeitlicher Reihenfolge

Senkrecht:

1 Frühlingsbote
2 Verbindungselement
3 Nannte man früher auch Brief
4 Young urban professional
5 Mildtätige Gabe
6 Sternzeichen vor Skorpion
7 Mach mal 'n bisschen schneller beim Naseputzen
8 Junger Pflanzenableger
9 Wahnsinn, Unvernunft
10 ? est omen
15 Alles in die Pfanne und dann brutzel, brutzel
17 Schweizer Fernsehen
18 Champions League
19 Nicht laut
21 Weltmeer
22 Sehr leichtes Holz
24 Milliliter
25 Brauchste eins, kommt keins
26 Dt. Stadt in der Nähe von B und NL
30 Maßlose Handlung
32 Zentrum der Puffbohnen
33 Hier begann das ganze Elend mit den verschiedenen Sprachen
34 Verfasser eines Textes
35 Oft das Beste am Brot
36 Selten
40 Braucht man zum Essen
41 ? essen Seele auf
43 Kann man kein Quadrat draus machen
46 Big river im Brexit-Land
48 Peinlich für jeden Fußballspieler
50 Radioaktiver Stoff
52 A bisserl
53 Physik ist das, was nie gelingt, ? ist das, was kracht und stinkt
55 Stark ätzendes Gas
56 Bitte mixen: FALKI
57 Das trug Damon im Gewande
59 Ziemlich reißfestes Garn
63 Bundesrepublik ohne Armee


1 2 3 4 5 6 7 8 9 1
11 12 13 14
15 1617 18 19
2021 22 23
24 25 26
27 28 29 30 3132
33
34 3536 37 38 39
40 41
42 43 44
4546 47 48 4950
51 52
53 54
55 56 57 5859
60 61
6263 64
65 66 67

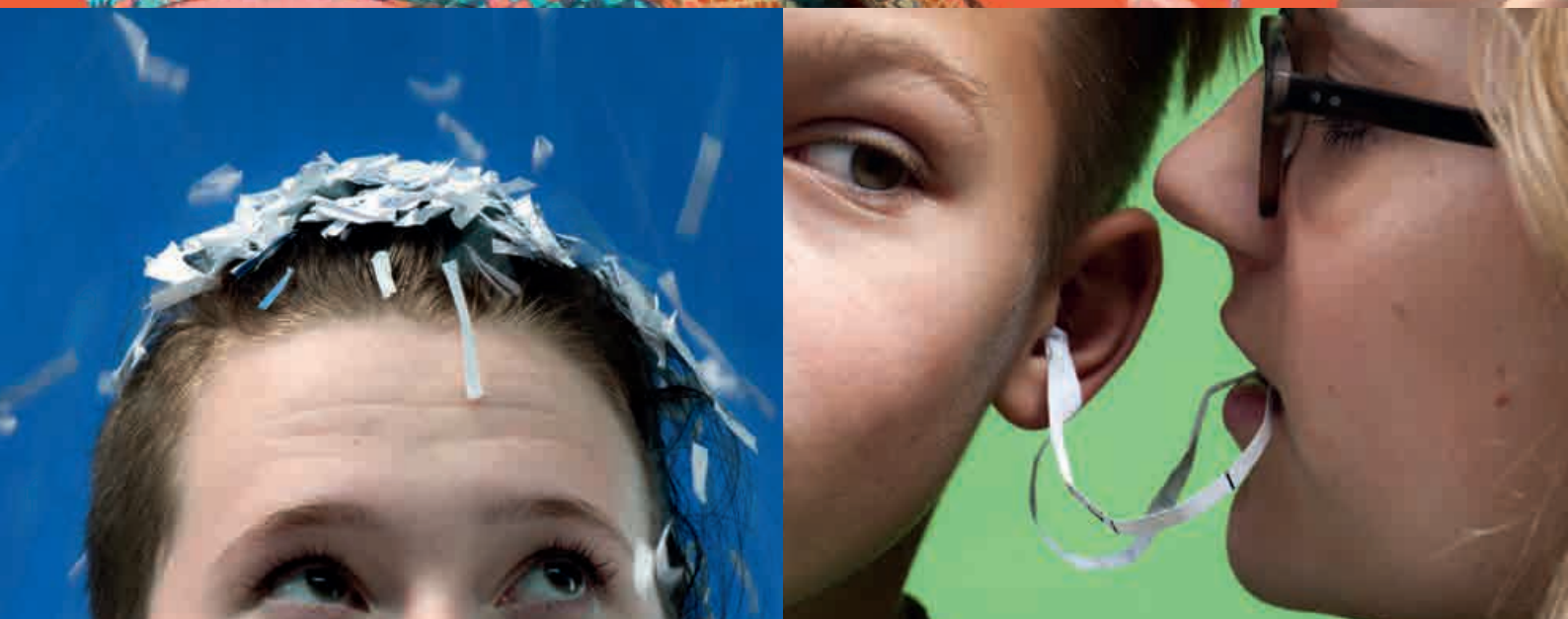

,

Pädagogischer Fachkongress 2017
30. März
Universität Koblenz-Landau, Campus Koblenz

Verstehen wir uns?

Die Vielfalt der Sprache lernen, lehren und fördern

- 20 praxistaugliche Workshops für den Unterricht aller Schularten
- Interkulturelles Kabarett
- Material- und Bücherbörse
- Pädagogischer und schulpolitischer Erfahrungsaustausch

Demnächst mehr auf www.vbe-rp.de

Jetzt schon vormerken!